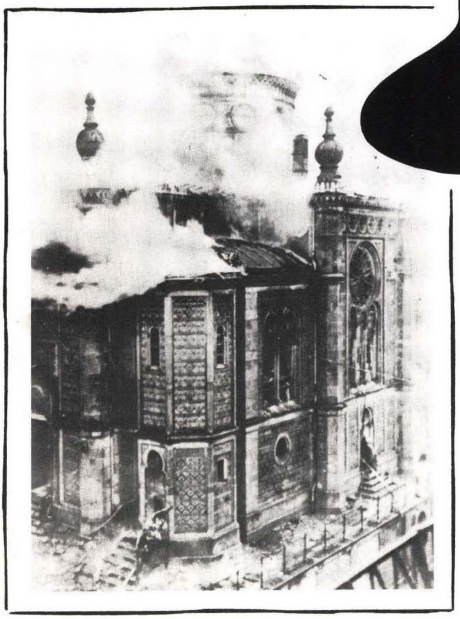
JUDEN IN HESSEN

Ausstellung der hessischen Staatsarchive





Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2026

Die Ausstellung wurde von dem Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden und dem Hessischen Staatsarchiv in Darmstadt in Verbindung mit der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen vorbereitet

Wissenschaftliche Bearbeitung und Katalog:
Annie Bardon, Wiesbaden (Tafel 15-16)
Dr. Friedrich Battenberg, Darmstadt (Tafel 1-10)
Dr. Christiane Heinemann, Wiesbaden (Tafel 17)
Dr. Wolf-Arno Kropat, Wiesbaden (Tafel 11-14, 18-27)

Künstlerische Beratung:
Museumsdirektor Dr. Ulrich Schmidt, Wiesbaden

Mitwirkung bei der Vorbereitung:
Alwin Becht, Naurod
Hans-Dieter Brand, Wiesbaden
Dr. Günter Hollenberg, Wiesbaden

Reproduktion und Vergrößerungen:
Magdalene Busch, Fotowerkstatt des Hess. Hauptstaatsarchivs
Elisabeth Manthei, Fotowerkstatt des Hess. Staatsarchivs Darmstadt
Studio Manfred Boersch, Wiesbaden
Photohaus Carl Eberth, Kassel
Foto Roland Grimm, Darmstadt

Fotomontagen:
Dirk Foellmer, Wiesbaden

Graphische Darstellungen:
Heidrun Gatzke, Nerobergstraße 23, Wiesbaden

Plakat und Umschlagbild:
Wolfgang Klee, Taunusstraße 50, Wiesbaden

Katalog-Druck:
Wilhelm Lautz, Hellmundstraße 43, Wiesbaden

Das Umschlagbild zeigt einen Chanukka-Leuchter, die brennende Synagoge am Michelsberg in Wiesbaden am 10. November 1938 und den jüdischen Lehrer Frank auf dem Friedhof in Alsbach kurz vor seiner Auswanderung im Jahr 1939

Zum Geleit

Die Ausstellungen der hessischen Staatsarchive zum Hessentag blicken nun schon auf eine langjährige Tradition zurück. Auf die vorjährige Ausstellung "Hugenotten in Hessen" folgt in diesem Jahr die Ausstellung "Juden in Hessen" - ein Thema, das gleichfalls einer bedeutenden Minderheit der hessischen Bevölkerung gewidmet ist, einer Minderheit, der unvorstellbares Leid zugefügt wurde.

Im Mittelalter und in der frühen Neuzeit immer wieder aufgrund religiöser Vorurteile verfolgt, wurden die Juden wegen ihres Fleißes und ihres Unternehmungsgeistes auch von hessischen Fürsten ins Land geholt. Als rechtlich unterprivilegierte Untertanen mußten sie allerdings in Ghettos am Rande oder gar außerhalb der damaligen Gesellschaft leben. Erst als in der aufgeklärten Gesellschaft des 18. Jahrhunderts der Gedanke der Toleranz zum Durchbruch kam und die revolutionäre französische Verfassung von 1791 im Rahmen der bürgerlichen Grundrechte auch die Gleichberechtigung der Juden verkündete, begann auch in Deutschland allmählich die Emanzipation der Juden.

Auch die Juden in Hessen konnten nunmehr die Chancen nutzen, die ihnen mit der Gewährung politischer und wirtschaftlicher Freiheit nach und nach eröffnet wurden. Nicht nur als Unternehmer, Bankiers und Rechtsanwälte gewannen sie an Ansehen. Die kulturpolitischen Impulse, die von ihnen ausgingen, förderten Liberalität und Toleranz auch in diesem Lande. Die Juden in Hessen haben einen weit über ihre zahlenmäßige Bedeutung hinausgehenden wirkungsvollen Beitrag für das Allgemeinwohl geleistet. In der Weimarer Republik erreichte auch das hessische Judentum den Höhepunkt seiner kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung.

Wie sehr Geist und Schaffen der Juden in Deutschland mit der Geschichte des freiheitlichen und demokratischen Deutschland verbunden waren, zeigte sich mit grausamer Deutlichkeit im Jahre 1933. Mit der nationalsozialistischen Diktatur begann der Leidensweg auch der hessischen Juden. Die Verfolgung, die bis zum Völkermord in den Konzentrations- und Vernichtungslagern führte, sprengte alle bisherigen Erfahrungen.

Gleichwohl sind nach den grauenhaften Geschehnissen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auch in Hessen neue jüdische Gemeinden entstanden. Unser Dank gilt den jüdischen Mitbürgern, die sich allen Schwierigkeiten zum Trotz dieser Herausforderung des Neubeginns stellten.



Holger Börner
Hessischer Ministerpräsident

Jüdisches Leben in Hessen vor 1800

1 Mittelalterliche Judengemeinden

Die ältesten jüdischen Gemeinden in Hessen gehen ins 12. Jahrhundert zurück. In Frankfurt bestand bereits in der ersten Hälfte des Jahrhunderts eine gut organisierte Gemeinde, die der ersten "Judenschlacht" 1241 zum Opfer fiel und sich erst nach und nach reorganisierte. Die Judengemeinde in Münzenberg, neben Frankfurt eine der ältesten in Hessen (1188 erstmals erwähnt), rekrutierte sich aus den Flüchtlingen der Verfolgungen in rheinischen Judengemeinden (Speyer und Worms). Die Judengemeinde in Friedberg, zu Beginn des 13. Jahrhunderts entstanden, erreichte durch Zuzug von Juden aus dem Rheinland rasch eine große Bedeutung. Ein Beweis für den Wohlstand der Gemeinde ist das um 1260 errichtete Judenbad (Mikwoh), das nach dem Vorbild rheinischer Judenbäder entstand. Starke Konzentrationen von Judengemeinden sind vor allem in der Wetterau und im Vogelsberg festzustellen, auch in den Gebieten der Herren und späteren Grafen von Hanau (Assenheim, Babenhausen).

Die Juden wohnten anfangs noch nicht in abgeschlossenen Ghettos und konzentrierten sich allenfalls in bestimmten Wohnbezirken (Judengassen). Je nach Gunst der Landesherren, Grundherren und Stadtobrigkeiten entwickelten sich diese jüdischen Gemeinden sehr unterschiedlich.

Nach den großen Verfolgungen um 1100, zu denen es im Zusammenhang mit dem ersten Kreuzzug kam, wurden die Juden in Deutschland, die bisher ähnlich den Kaufleuten privilegiale Vorrechte zum Schutz ihrer Handelstätigkeit genossen hatten, in den Landfriedensschutz des Kaisers aufgenommen. Ihre soziale und rechtliche Stellung verschlechterte sich ständig; im Gegensatz zu den Ketzern wurden sie von der Kirche jedoch offiziell geduldet, da sie als Zeugen für den Kreuzestod Christi galten. Seit Kaiser Friedrich II. (1235) wurden sie als sog. kaiserliche Kammerknechte angesehen, die für das Schutzversprechen des Kaisers besondere Abgaben zu zahlen hatten. Im Zuge der allgemeinen Territorialisierung gerieten die Juden mehr und mehr in die

Abhängigkeit der Landesherren. Ihre wirtschaftliche Betätigungsfreiheit wurde eingeschränkt; im allgemeinen mußten sie sich mit der Ausübung des Zins- und kleinen Pfandleihgeschäfts bzw. dem Trödelhandel begnügen. Nur wenige konnten eine angesehene Stellung im Territorium erlangen, z.B. als Arzt. Am Ende des Mittelalters galten die Juden als Rechtsobjekte und waren landesherrlichen Vertreibungsaktionen schutzlos ausgesetzt.

Tafel 1: Judenansiedlung in Lichtenberg, Bieberau und Katzenelnbogen, 1312 (StA Darmstadt) - Judenaufnahme in der Burg Rödelheim, 129o (ebd.) - Ansicht der Judengasse in Frankfurt, 18. Jh. (StadtA Frankfurt) - Darstellung eines Judenhuts (ebd.) - Kommentar zum Klagelied "Ich fliege zum Himmel" (StA Darmstadt) - Plan des Judenviertels am Dom zu Frankfurt (Kracauer, Geschichte der Juden Frankfurts im 14. Jh.) - Schnitt durch das Friedberger Judenbad (Schazmann, Patriotische Gedanken über den Zustand der Juden, 1788) - Siegel Meister Abrahams, eines jüdischen Arztes Landgraf Heinrichs III. von Hessen 1481 (StA Marburg) - Siegel des jüdischen Honoratiors Meyer von Limburg, 1373 (Hess. HStA) - Ältester jüdischer Männergrabstein aus dem Dom zu Frankfurt, 1284 - König Karl IV. gibt dem Ulrich von Hanau Juden zu Friedberg u.a. zu einem Mannlehen (StA Marburg)

2/3 Judenschutz und Abgaben

Der Judenschutz war ursprünglich ein königliches Vorrecht. In der Goldenen Bulle Kaiser Karls IV. wurde das Judenregal - die finanziellen Rechte an den Juden - 1356 an die Kurfürsten weiterverliehen. Die übrigen Landesherren konnten die Judenregalien mit oder ohne königliche Verleihung nach und nach an sich ziehen. Als frühes Beispiel kann hier die Burg Friedberg gelten, die bereits 1275 ein entsprechendes Recht erwerben konnte, das von späteren Königen und Kaisern immer wieder bestätigt wurde, z.B. auch von Karl V. im Jahr 1545. Das Reichsoberhaupt war jedoch weiterhin bestrebt, seine Schutzrechte zu wahren, um diese einträgliche Finanzquelle nicht zu verlieren; als aktiver Schutzherr konnte der Kaiser jedoch nicht mehr auftreten.

Die Höhe der seit dem hohen Mittelalter bezeugten Judensteuern wurde 1241 in der Reichssteuermatrikel erstmals festgelegt. Diese Steuer, als Abgabe für das den Juden gewährte Wohnrecht gedacht,

stand ursprünglich dem König kraft der Kammerknechtschaft allein zu. Die Territorialisierung der Judenschutzrechte führte zu einer Differenzierung der Besteuerung in der Weise, daß sich der König mit der halben Judensteuer begnügte und die andere Hälfte an den zuständigen Schutzherrn floß. Um den Einnahmeausfall auszugleichen, wurde von Kaiser Ludwig dem Bayern 1342 eine Kopfsteuer von einem Gulden (der später sog. Goldene Opferpfennig) eingeführt, von der alle über 12jährigen Juden des Reichs mit einem Mindestvermögen von 2o Gulden betroffen waren. Vor allem unter König Sigmund kamen weitere Steuern hinzu, so eine Krönungssteuer sowie eine Steuer zur Finanzierung des Konstanzer Konzils. Die meisten Steuern flossen jedoch schon im Spätmittelalter an die Landesherrn. Diese erhoben von den unter ihnen ansässigen Juden individuell festgesetzte Schutzgelder. Immerhin bewirkte das Interesse an dieser Einnahmequelle, daß viele Landes- und Grundherren an der Ansiedlung von kapitalkräftigen Judengemeinden interessiert waren. In der Neuzeit wurden die Juden darüber hinaus zu weiteren allgemein erhobenen Steuern herangezogen, so schon 1566 von Philipp dem Großmütigen und 1622 von Kurfürst Georg Friedrich von Mainz zur Türkensteuerumlage, später auch zu allgemeinen Kriegsbeiträgen. Hinzu kamen in Hessen das Einzugsgeld bei Aufnahme und das Abzugsgeld bei Entlassung aus dem Schutz. Bei Reisen innerhalb des Landes wurden an den Amtsgrenzen Leibzölle erhoben. Ferner schuldete die Judenschaft das Federlappengeld für die herrschaftliche Jagd und das Silbergeld zur Unterhaltung der Münze, um nur die wichtigsten Abgaben zu nennen. Damit hatten die Juden des Deutschen Reichs vor der Emanzipation in vielen Fällen eine doppelte Steuerlast zu tragen.

Der landesherrliche Judenschutz wurde durch die Ausstellung von Schutzbriefen ausgeübt, die bis gegen Ende des Mittelalters die Grundlage für die Rechtsstellung der Juden blieben. In ihnen wurde eine Schutzzeit, meist drei bis sechs Jahre, festgelegt, die je nach Lage des Einzelfalls verlängert werden konnte. Dafür hatte der begünstigte Jude jährlich ein bestimmtes Schutzgeld zu zahlen. Wesentlich waren den älteren Schutzbriefen Gerichtsstandsbestimmungen sowie Festsetzungen zur Ausübung von Handel und Gewerbe

(Pfandbeschränkungen, Zinsbestimmungen). In der Neuzeit übernahmen die Judenordnungen und sonstige gesetzliche Normen die Rolle der Schutzbriefe. Diese wurden vereinheitlicht und enthielten meist nur noch Bestimmungen zur Schutzzeit und zum Schutzgeld. Sie mußten nicht mehr individuell ausgehandelt werden; allerdings wurden vor der Aufnahme in den landesherrlichen Schutz (Rezeption) Erhebungen zu Person und Vermögen angestellt. Zwar blieb der Zwang zur Erneuerung der Schutzbriefe weiterhin ein erheblicher Unsicherheitsfaktor für die Existenz der Juden; faktisch hatte sich jedoch in der Neuzeit ihre Rechtsstellung etwas gebessert, da sie sicherer mit der regelmäßigen Erneuerung rechnen konnten.

Tafel 2: Ansicht von Burg und Stadt Friedberg, 1646 (Merian, Topographia Hassiae) - Ladung der Judenschaft vor den Reichshofrat wegen Nichtzahlung des Goldenen Opferpfennigs, 1666 (StA Darmstadt) - Vertrag wegen der Judensteuer zu Assenheim, 1278 (ebd.) - Königliches Gebot zur Ablieferung einer Steuer für das Konstanzer Konzil durch die Juden, 1414 (ebd.) - Bestätigung des Judenregals der Burg Friedberg von 1275 durch Kaiser Karl V., 1545 (ebd.) - Register der Schutz- und Einzugsgelder der Juden im Amt Marburg, 1625 (ebd.) - Verzeichnis der Juden zu Bürgel zur Ermittlung der dem Kurfürsten von Mainz geschuldeten Türkensteuer (ebd.) - Gebot Kaiser Rudolfs II. an die Juden zu Friedberg zur Zahlung des Goldenen Opferpfennigs (ebd.) - Verzeichnis der in der Grafschaft Hanau-Münzenberg wohnenden Schutzjuden und ihrer Abgabenleistungen, 1571 (StA Marburg) - Einziehung von Kriegsbeitragsgeldern der Judenschaft in der Landgrafschaft Hessen-Kassel, 1763 (ebd.)

Tafel 3: Gebot König Wenzels an die Stadt Friedberg betr. Verteidigung des königlichen Judenregals, 1394 (StA Darmstadt) - Schutzbrief Graf Philipp Ludwigs von Hanau-Münzenberg für den Juden Abraham von Hochstadt, 1604 (StA Marburg) - Plan der Judenhäuser auf dem von Nodingschen Lehensgut zu Angerod, 1806 (StA Darmstadt) - Schutzbrief der Burg Friedberg für den Juden Wolf aus Frankfurt, 1430 (ebd.) - Schutzbrief der Grafschaft Solms-Rödelheim für den Juden Josef Löw, 1732 (ebd.) - Formular eines gedruckten Schutzbriefs des Fürsten Friedrich Wilhelm von Nassau-Weilburg, um 1800 (Hess. HStA) - Attest des Amts Schotten für den Juden Hirsch aus Gedern, 1738 (StA Darmstadt) - Instrument des Notars Magister David Hopf aus Erfurt betr. den Streit um das Judenregal zwischen Eustachius und Ludwig von Schlitz gen. v. Görtz und der Regierung des Stifts Fulda, 1579 (ebd.) - Attest der Judenschaft zu Großen-Buseck für den Schutzjuden Seligman Jelöf aus Trais, 1786 (ebd.) - Verzeichnis derjenigen Juden in der Landgrafschaft Hessen-Kassel, deren Schutzbriefe erneuert wurden, 1671 (StA Marburg)

4 Handel und Gewerbe

Seit dem frühen Mittelalter war die Handelstätigkeit die hauptsächlichste Erwerbsquelle für die Judenschaft im Gebiet des Heiligen Römischen Reichs. Die soziale und rechtliche Schlechterstellung seit dem 12. Jahrhundert führte zugleich zu einer Abdrängung aus dem Großhandel und zu einer Beschränkung auf die lokale Handels- und Gewerbetätigkeit. Hier kam den Juden zugute, daß das kanonische Zinsverbot, das in Anlehnung an biblische Gebote von der Kirche verhängt wurde und praktisch das Darlehnsgeschäft unter den Christen unterband, die Geschäftsbeziehungen der Juden mit den Christen nicht erfaßte. Das jüdische Gesetz in der Auslegung der talmudischen Lehre legte den Juden kein Hindernis in den Weg, Zinsen ("Wucher") zu nehmen, soweit der Handel mit Christen betroffen war. Der zunehmende Kreditbedarf der spätmittelalterlichen Gesellschaft und die überregionalen Kontakte der Juden untereinander führten dazu, daß das kleine Darlehens- und Pfandgeschäft zur hauptsächlichsten Erwerbsquelle der Judenschaft wurde. Gerade im örtlichen Bereich erfüllten die Juden wichtige wirtschaftliche Funktionen als Kreditgeber, Kauf- und Tauschhandelspartner (z.B. im Viehgeschäft) und trugen so zur Verbesserung des allgemeinen Wohlstands bei. In der Neuzeit gelang den Juden parallel zu ihrer allgemeinen rechtlichen Besserstellung eine Ausdehnung ihrer Handels- und Gewerbetätigkeit, z.B. durch Proviant- und Fouragelieferungen für Truppen.

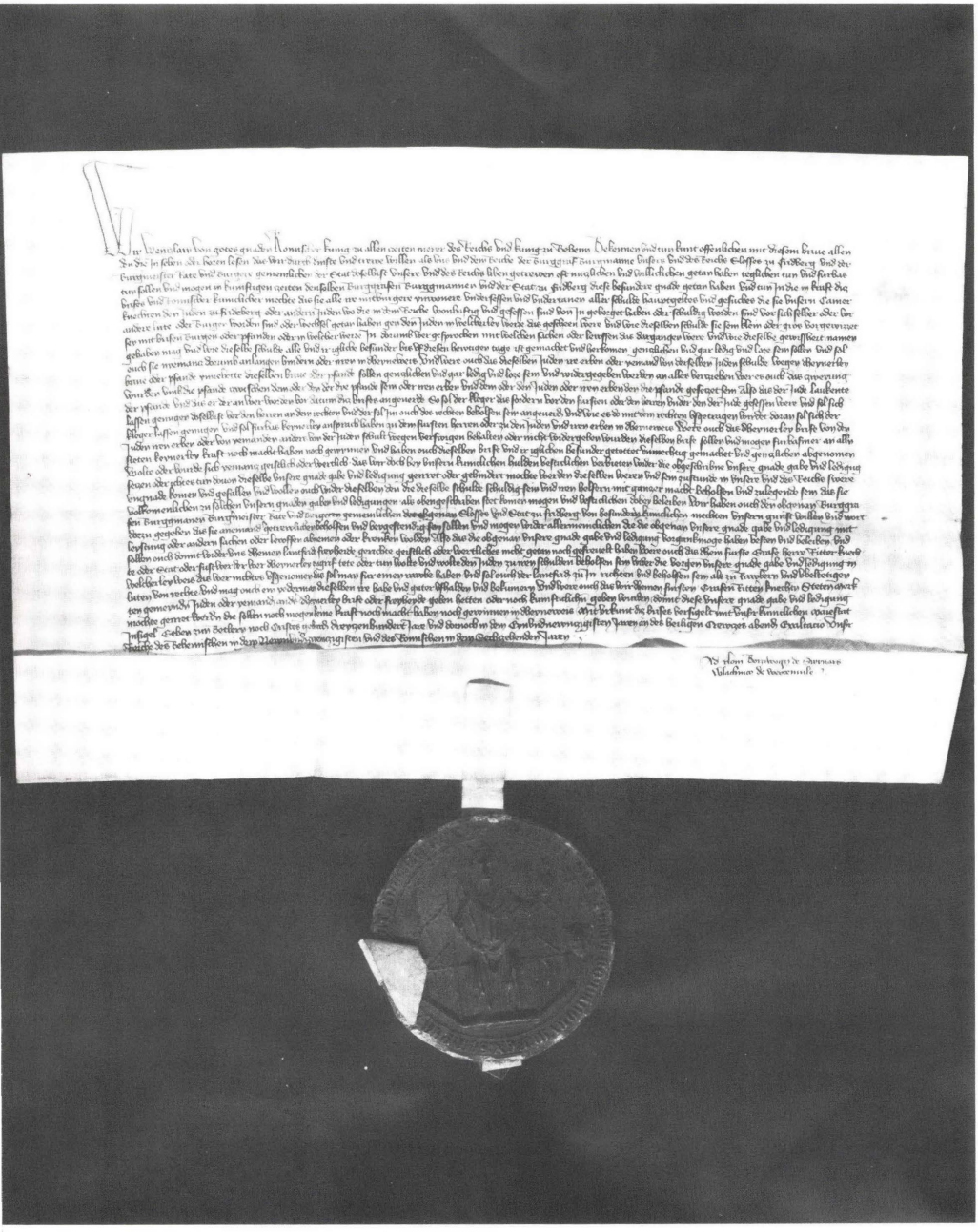
Bereits im hohen und späten Mittelalter unterlagen die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Juden einschneidenden Beschränkungen. Bestimmte Gegenstände wurden vom Pfandgeschäft ausgenommen, die Zinsnahme auf Höchstbeträge festgesetzt, der Gebrauch der hebräischen Sprache für Schuldbriefe und Quittungen untersagt und das Eingehen von Handelsgeschäften einer öffentlichen Kontrolle unterworfen. Die Ausübung gewerblicher Tätigkeiten wurde dadurch erschwert, daß die Juden keine Aufnahme in Zünfte und sonstige gewerbliche Korporationen fanden und damit als "Störer" nur dann einem Gewerbe nachgehen konnten, wenn sie im Einzelfall von den Zünften geduldet wurden; eine Ausnahme machte hier in gewissem

Grade das Metzgerhandwerk. Eine erhebliche Behinderung stellte auch die Ausdehnung des alten römisch-rechtlichen Verbots der "cessio in potentiorem" auf die Juden dar, mit dem die Übertragung einer Schuldforderung an Christen verboten und damit die Eintreibung und Realisierung gefährdet wurde. Im Mittelalter kam eine zusätzliche Gefährdung der Schuldforderungen durch die häufig durchgeführten königlichen Schuldentilgungsaktionen hinzu, die die allgemeine Verschuldung einfach auf Kosten der jüdischen Gläubiger herabsetzte.

Tafel 4: Bauer und Jüdischer Geldleiher am Rechenbrett, Holzschnitt, 1531 (Monumenta Judaica, Katalog, Abb. zu B 208) - König Rudolf II. verbietet den Juden den Abschluß von Geldgeschäften mit der mittelrheinischen Ritterschaft, 1606 (StA Darmstadt) - Titelblatt der Schrift Martin Luthers "Ein Sermon von dem Wucher", Holzschnitt 1520 - Verordnung der Herrschaft Schlitz betr. Verbot des Fruchtverkaufs für Juden, 1651 (StA Darmstadt) - Schuldentilgung König Wenzels zu Lasten der Juden zu Friedberg, 1391 (ebd.) - Schuldschein des Edelknechts Emmerich von Fellingshausen für den Juden Samuel zu Gießen, 1373 (ebd.) - Verpflichtungsschein des Juden Johl aus Niederursel zu einem Viehgeschäft, 1750 (ebd.) - Französischer Geleitbrief für den Niederurseler Schutzjuden Moses Salomon für Truppenproviantlieferungen, 1762 (ebd.) - Geleitbrief Landgraf Wilhelms IV. von Hessen für den Juden Joseph zu Frankfurt und seinen Sohn Hirsch, 1562 (StA Marburg) - Wechsel Graf Wilhelm Moritz' von Isenburg-Philippseich für den Schutzjuden Meyer Gans zu Frankfurt, 1751 (StA Darmstadt) - Darstellung eines Pfandleihgeschäfts zwischen Juden und Christen, Holzschnitt Nürnberg 1480 (Monumenta Judaica, Katalog, Abb. zu B 207)

5/6 Rechtsstellung und Privilegien

Trotz der Weiterverleihung der Judenregalien an die Landesherren wurden die Juden auch in der Neuzeit als der kaiserlichen Obrigkeit unmittelbar unterstehend, als kaiserliche Kammerknechte, angesehen. Der ursprüngliche Gerichtsstand der Juden vor dem Kaiser, dem Reichshofgericht bzw. dem königlichen Kammergericht blieb jedoch schon im späten Mittelalter nicht mehr erhalten. Im allgemeinen wurden die territorialen Gerichte für die Verfolgung von Klagen gegen und zugunsten der Juden zuständig. Nur das kaiserliche Hofgericht Rottweil, ursprünglich ebenfalls ein lokales Gericht, konnte sich eine überregionale Zuständigkeit auch über



König Wenzel erlaubt Burg und Stadt Friedberg, sich von allen Schulden gegenüber den Juden zu befreien, 13. September 1391 (Staatsarchiv Darmstadt)

Juden erhalten. Für persönliche Klagen der Juden untereinander sowie für Zeremonialsachen waren die eigenen Landrabbiner zuständig. Bei Prozessen gegen Christen waren die Juden manchen Diskriminierungen unterworfen, wofür die besondere Vereidigungspflicht kennzeichnend ist. Unter entehrenden Umständen (Stehen auf blutiger Schweinshaut, Ausstreuung von Asche u.a.) mußte bei den verschiedenen Aussagen vor Gericht ein Eid unter Anrufung des Namens und alttestamentlicher Taten Gottes sowie unter bedingter Selbstverfluchung für den Fall des Meineids geleistet werden. Entehrende Wirkung hatte auch das seit dem Lateranischen Konzil von 1215 zur Kennzeichnung vorgeschriebene Tragen eines gelben Ringes auf der Kleidung; diese Verpflichtung wurde in der Reichspolizeiordnung von 1530 bestätigt und später oftmals in landesherrlichen Verordnungen wiederholt.

Eine rechtliche Gleichstellung der Juden mit den Christen scheint immer dann vorgenommen worden zu sein, wenn dies zur Durchsetzung von Ansprüchen und Hoheitsmaßnahmen gegen Juden als notwendig erschien. So konnten die Juden als Bürger oder Beisassen bis zu einem gewissen Grade am politischen Leben einer Stadt teilnehmen (jedoch ohne passive Wählbarkeit), um eine obrigkeitliche Kontrolle zu ermöglichen. Trotz des seit dem späten Mittelalter weggefallenen Waffenrechts der Juden traten Juden bisweilen als Fehdegegner auf. Als Angeklagte im Strafprozeß mußten sie sich in gleicher Weise wie die Christen dem Gewaltmonopol des entstehenden Territorialstaates unterwerfen.

Seit dem 16. Jahrhundert versuchten die Landesherren und Städte, die Rechtsbeziehungen ihrer Untertanen untereinander und zur Obrigkeit in umfassenden Landesordnungen zu regeln, um das zersplitterte mittelalterliche Recht zu vereinheitlichen. Von dieser allgemeinen Tendenz waren auch die Juden betroffen, deren rechtliche Stellung in vielen Fällen seither auf eine allgemeine Grundlage gestellt wurde. Am Beginn der Entwicklung stehen die reichsgesetzlichen Festlegungen der Reichspolizeiordnungen von 1530, 1548 und 1577 sowie der Augsburger Reichsabschied von 1551, die auch in landesherrliche Ordnungen übernommen wurden. Die Initiative zu

Erneuerte
Ordnung,
Welcher gestalt die Juden / so unter Hochfürstl. Nassau-Saarbrückischen Schutz wohnen / oder künfftig darin auffgenommen werden, sich verhalten sollen.

ERstlich / sollen die Juden / bey Empfang- und Annehmung Unsers Fürstl. Schutz-Briefs wohlbedächtlich zusagen, und mit ihrem Jüdischen Eyd versprechen / keine Läsierung wider unsern Erlöser und Seeligmacher JEsum Christum, den Sohn Gottes, und der Jungfrauen Marien, oder auch seinen Göttlichen Nahmen, und Unsere Religion zutreiben / noch auch die arme einfältige Juden mit erdichten Menschen-Satzungen und Lehren / welche dem Gesetze und Propheten nicht gemäß seynd / zubeschweren / sondern alle Lästerung gäntzlich zumeyden, und in ihrer Lehr dessen sich allein zuhalten / was ihnen in den Schrifften Mosis und der Propheten fürgebildet wird / und über diß auch keine Bücher, so wider den Christlichen Glauben seynd, bey ihnen haben: deßwegen dann fleissige inquisition soll angestellet werden.

Vors Andere, sollen sie geloben und schwören / nirgends neue Synagogen und Schulen anzustellen, sondern sich mit denen zubegnügen, welche Wir inGnaden erlaubet und in seiner maase verwilliget haben / oder nach befinden weiter verwilligen werden.

Zum Dritten, sollen sie versprechen / mit niemands der Unserigen, und sonderlich mit einfältigen Layen, von der Religion Disputation anzufangen; da aber Unser Pfarrer einer oder mehr / sich gut-hertziger Meynung mit ihnen in Disputation einlassen würden, sollen sie deme ihres Glaubens Antwort und Bekäntniß geben.

Zum Vierdten, sollen sie keinen Juden / so sich zum Christlichen Glauben bekennet hat, anfeinden, beleidigen, verfolgen / noch ihn wieder rückfällig zumachen / sich unterstehen, sondern ihn bey dem Christlichen Glauben ohnverwirret lassen.

Zum Fünfften, sollen sie keinen Christen an der Predigtverhindern / vielweniger sonsten Unsere Unterthanen in ihrer Religion höhnen, oder in ihrem Christlichen Glauben irr zumachen / und davon abzuführen / sich unterstehen: da aber solches im geringsten von ihnen vermercket würde / soll es an ihnen ohne einige Gnade ernstlich gestraffet werden.

Zum Sechsten / sollen sie ziemlicher weise kauffen und verkauffen, doch allein an denen Orten / da keine Zünffte seynd, oder / daß die Zünffte

keinen Eintrag darunter leyden / deßgleichen ihre Waar nicht vertheuren / noch dieselbe Unsern Unterthanen höher auffdringen / oder anschlagen, als sie sonsten bey Christen gültig ist / wie sie dann ingleichem die Waaren / so den Christen zuvorderst geschätzt werden, eher nicht verkauffen sollen, es sey dann ihnen dieselbige / durch Unsere Beambten und Diener auch geschätzt worden.

Zum Siebenden, sollen sie auff die Wochen- und andere Märckt-Täge / in Einkauffung der Victualien nicht den Vor- sondern den Nachkauff haben.

Zum Achten, sollen sie alle ihre Händel auffrichtig treiben, mit keinen unziemlichen practiquen oder Fineſſen umbgehen / das geliehene Geld / so ihnen wiederum zubezahlen verschrieben oder bekäntt wird / den Entlehnenden vollkömlich liefferen / keinen Wucher darein schlagen oder einmengen, noch auch viel oder wenig davon abziehen, oder inbehalten, auch in der Schuld-Verschreibung oder Bekäntniß die Haubt-Summa nicht höher, als die geliehen, setzen / so dann des gantzen Jahrs über fünffe oder auffs allermeiste sechs vom hundert nicht nehmen; wo aber einer oder mehr hierwieder der Überfahrung oder sonst unrechter Händel und Betrugs beschuldiget und überwiesen würde / der oder dieselben sollen darum / durch Unsere Beambten / nach Gelegenheit entweder mit Einziehung der Güter oder sonsten ernstlich gestraffet werden.

Zum Neundten, soll kein Jud einigen Unserer Unterthanen, ohne Vorwissen Unserer Beambten noch auch ein Mann ohne seiner Frauen oder auch ein Weib ohne ihres Mannes Vorwissen, etwas leyhen, sondern / da einer jemanden etwas versetzen würde / dasselbige öffentlich thun und jederzeit Unsere Beambte darbey nehmen, oder im Fall sie nicht zu Handen zubringen wären, ihnen doch solches dem nächsten anzeigen, damit dieselbe selbst sehen oder hören mögen / ob es richtig zugangen / und hernach desto mehr Ursach haben mögen / ihnen zu Erlangung der Bezahlung die Hand zubieten.

Zum Zehenden, sollen alle Verschreibungen und Obligationes, so ihnen von den Unterthanen gegeben werden, und 20. fl. Capital oder mehr anreichen, vor dem Beambten oder dem Gerichte jedes Ortes / auffgerichtet / auch alle Abrechnungen in beyseyn derselben gehalten, und von denselben unterschrieben werden, ingleichem sollen auch die Obligationes und Zettul ihres Anleihens / nicht in Jüdischer- sondern in Teutscher-Sprache verfasset werden / mit Anmeldung, was und wann sie dem Christen vorgestrecket / oder Anleihung gemacht haben / darneben auch / was ihnen zu Pfand eingesetzt / und wie dasselbige allenthalben beschaffen, in ihren Zeteln eigentlich und deutlich vermelden / oder soll in Verbleibung dessen / darauff nichts erkäntt werden.

Zum Eilfften, soll den Juden einige in Unſerm Lande liegende Güter,

Judenordnung der Fürstin Charlotte Amalie von Nassau-Idstein-Saarbrücken aus dem Jahr 1732 (Hess. HStA)

den allgemeinen Privilegienbestätigungen Kaiser Karls V. für das Heilige Römische Reich gingen von der Judenschaft selbst, namentlich ihrem Befehlshaber Josel von Rosheim (ca. 1478-1554)aus. Sie sollten den bisherigen Rechtsstand sichern, konnten aber keine dauernde Wirkung entfalten, da der Kaiser als oberster Schutzherr in der Neuzeit längst an Einfluß verloren hatte. Die Rechtsstellung der hessischen Judenschaft wurde erstmals 1539 von Landgraf Philipp dem Großmütigen umfassend geregelt, nachdem Kurfürst Ludwig V. von der Pfalz 1515 mit der ersten größeren Ordnung für den mittelrheinischen Raum vorangegangen war. Für Hessen-Darmstadt sind die Ordnungen Landgraf Georgs I. von 1585 und Georgs II. von 1629, die von allen späteren Ordnungen bis zur Emanzipation inhaltlich übernommen wurden, von Bedeutung. In Hessen-Kassel blieben die Judenordnungen Landgraf Karls von 1679 und Landgraf Friedrichs I. von 1739 für die Rechtsstellung der ober- und niederhessischen Juden wichtig.

Alle hessischen Ordnungen enthalten drei große Gruppen von Vorschriften: Zunächst die Bestimmungen, die sich mit dem Religionswesen und der Reinhaltung des christlichen Glaubens von jüdischen Einflüssen beschäftigen, wobei der interne jüdische Kultbereich im wesentlichen unangetastet blieb. In einer zweiten Gruppe ging es um die Reglementierung des Handels- und Geschäftsverkehrs zum Schutz christlicher Schuldner und Vertragspartner. Ein dritter Komplex sah Gebote und Verbote gewerbepolizeilicher Art vor, die eine möglichst effektive Kontrolle des Landesherren über die jüdische Geschäftstätigkeit ermöglichen sollten. Geregelt wurden im allgemeinen nur die Bereiche, die irgendwie den Status der christlichen Untertanen betrafen oder sonst von besonderem öffentlichem Interesse waren.

Tafel 5: Kommissarischer Auftrag des Hofgerichts Rottweil an die Stadt Frankfurt zur Vereidigung und Vernehmung des Juden Saul aus Friedberg, 1478 (StA Darmstadt) - Stättigkeit und Ordnung der Juden zu Frankfurt, Titelblatt des Drucks, 1705 (StadtA Frankfurt) - Vereidigung eines Juden vor Gericht, Holzschnitt Hans Furtenbachs in Ulrich Tenglers "Laienspiegel", 1509 (Monumenta Judaica, Katalog, Abb. zu B 260) - Bitte um kommissarische Vereidigung des Juden Gottschalk zu Friedberg an das Hofgericht Rottweil, 1488 (StA Darmstadt) - Formular eines Judeneids zum Gebrauch vor dem Burggericht in Friedberg, 16. Jh.(ebd.)

- Aufforderung der Gebrüder Hermann und Emmerich von Hoch-Weisel an den Grafen Reinhard von Hanau zwecks Durchführung einer Fehde gegen Juden, 1443 (StA Marburg) - Judeneid des Stadtgerichts Babenhausen, 1426 (StA Darmstadt) - Protokolleintrag des Babenhäuser Gerichtsbuchs über ein Pfandaufgebot des Juden Löw von Babenhausen, 1425 (ebd.) - Vorschlag hessischer Theologen über die Duldung von Juden in der Landgrafschaft Hessen, 1538 (StA Marburg) - Siegel des obersten Befehlshabers der Judenschaft im Reich, Josel von Rosheim, 1539 (ebd.) - Beschwerde des Juden Bennus zu Babenhausen an das Landgericht daselbst wegen der Formalien des gegen ihn eingeleiteten Strafprozesses, 1565 (ebd.)

Tafel 6: Bestätigung aller Privilegien der Judenschaft im Reich durch Kaiser Karl V., Druck 153o (StA Marburg) - Erneuerung der der Judenschaft auf dem Speyerer Reichstag 1544 gewährten Privilegien durch Karl V., 1548 (StA Darmstadt) - Neue Kleiderordnung für die Frankfurter Juden, Titelblatt 1716 (StadtA Frankfurt) - Auftrag Landgraf Wilhelms VI. von Hessen-Kassel zur Ausarbeitung einer neuen Judenordnung, 1656 (StA Marburg) - Judenordnung Landgraf Georgs II. von Hessen-Darmstadt, Titelblatt und 1. Textseite des Drucks (StA Darmstadt) - Verordnung Fürst Carls von Nassau-Weilburg über die Juden-Contracte und Händel mit Christen, 1771 (Hess. HStA) - Verordnung Landgraf Ernst Ludwigs von Hessen-Darmstadt über das Mindestvermögen bei Judenrezeptionen, 17o5 (StA Darmstadt) - Judenordnung der Fürstin Charlotte von Nassau-Idstein-Saarbrücken, 1732 (Hess. HStA) - Darstellung jüdischer Schriftgelehrter im Gespräch, Galvano aus Jost Ammans "Beschreibung aller Stände", 1568 (Georg Liebe, Das Judentum in der deutschen Vergangenheit, 19o2)

7/8 Kultus und Gemeindeleben

Die Ausübung gottesdienstlicher Handlungen durch die Juden war auch in Hessen mancherlei Beschränkungen unterworfen. Schon die Judenordnung Landgraf Philipps des Großmütigen verbot die Errichtung neuer Synagogen. Religiöse Zusammenkünfte fanden deshalb vielfach nur in Privaträumen statt und mußten auf ortsansässige Juden beschränkt werden.

Zu den wichtigsten Aufgaben einer jüdischen Gemeinde gehörte die Errichtung einer Synagoge, in den Quellen meist als Judenschule bezeichnet. Doch konnten die vorgeschriebenen Gebete auch an jedem anderen"reinen" Ort vollzogen werden, sofern die für den synagogalen Gottesdienst geforderten lo Personen (Minjan) anwesend waren (Betsaal). Zur Mindesteinrichtung einer Synagoge gehörten die heilige Lade, das Vorbeterpult, der Tisch für die Thoravor-

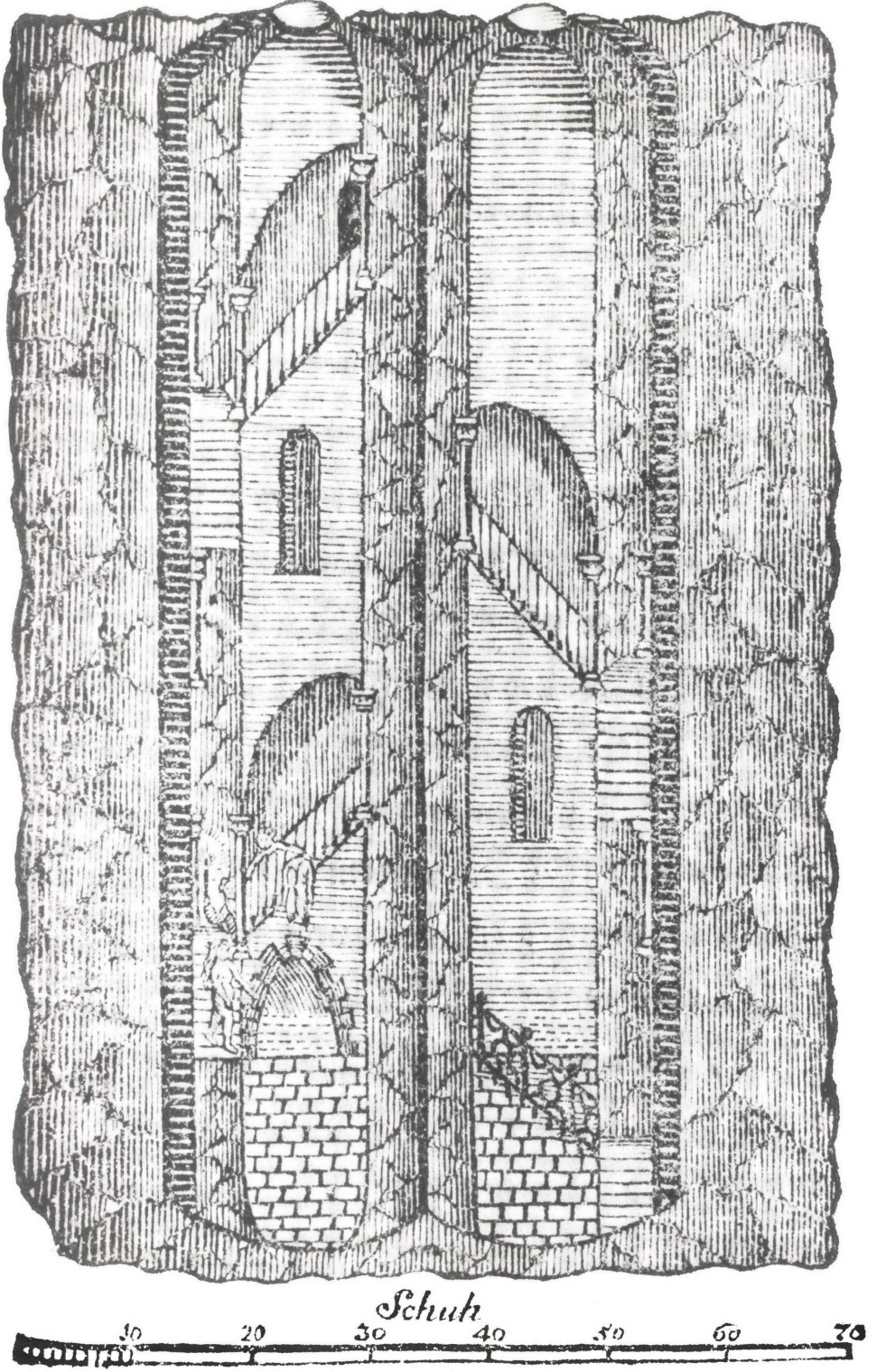
lesung, eine Anlage für das Ewige Licht sowie Sitzgelegenheiten und einige weitere Gegenstände (Thorarollen, Menora, Leuchter, Wasserbehälter und Becken zum Händewaschen vor dem Gebet). Außer zum gottesdienstlichen Gebrauch und zu Versammlungszwecken diente die Synagoge auch zur Ableistung des Eides; bei Prozessen zwischen Juden und Nichtjuden nur dann, wenn der Jude Beklagter war.

Geistiger und religiöser Leiter einer Gemeinde war der Rabbiner, ursprünglich unbesoldet, seit dem 14. Jahrhundert häufiger gegen Bezahlung tätig. Ihm zur Seite standen die Vorsteher (Parnassim). Neben prozessualen Aufgaben (vor allem bei eherechtlichen Angelegenheiten) war die wichtigste Funktion des Rabbiners die Lehrtätigkeit. Die Zuhörer waren häufig fremde Schüler (Bachurim), die die Schule (Jeschiwa) des Rabbiners, vielfach in dessen Wohnung, besuchten.

Für das jüdische Gemeindeleben war weiter der Thoraschreiber (Sofer) wichtig, der die Thorarolle (die fünf Bücher Moses) abzuschreiben hatte; ferner der Vorbeter (Kantor, Chasan), der den gemeinschaftlichen Gottesdienst leitete,und schließlich der Schächter (Schochet), der - häufig mit dem Vorbeter personengleich - unter Aufsicht des Rabbiners für die einwandfreie Schlachtung des Viehs zu sorgen hatte.

Die Thorarollen wurden in einem Schrein oder Schrank untergebracht, aus dem sie nur zur Lesung herausgehoben wurden. Zur Verdeckung des in die Ostwand eingebauten Schreins, der oft kunstvoll ähnlich der christlichen Altararchitektur verziert war, wurde ein Thoravorhang (Parochet) verwendet (in den Synagogen des deutsch-polnischen Ritus außerhalb der Türen), der auf die Stiftshüttentradition (Exod. 4o, 21) zurückgeht. Die mit den Wimpfel umwickelte Thorarolle wurde mit einem Mäntelchen (Mappa) bekleidet, meist bestehend aus einem Kopfstück mit zwei Löchern zum Durchstecken der Rollstäbe und dem eigentlichen Mantel. Als Schmuck der Thorarolle diente in unseren Gebieten meist die Thorakrone (Keter), die über die Rollstäbe gestülpt wurde, sowie das Thoraschild (Tass), das an einer Kette um die Rolle gehängt wurde. Da die Buchstaben der Schriftrolle nicht mit der bloßen Hand berührt werden durften, bediente sich der Vorleser eines Zeigers (Jad).

Schnitt durch das Friedberger Judenbad (Carl August Schazmann, Patriotische Gedanken über den Zustand der Juden überhaupt, Friedberg 1788, S. 87)


Schuh
10
20
30
40
50
60
70

Eine zentrale Rolle im jüdischen Leben spielt der Sabbat, der als Höhepunkt einer Woche angesehen wird. Er wird jeweils am Freitagabend durch das Entzünden der Sabbatlampen eingeleitet, seit alters eine der vornehmsten Aufgaben der jüdischen Frau. Nach Sonnenuntergang wird der Sabbat mit einer Zeremonie, genannt Hawdala, beschlossen. Auf den Abendtisch wird das Hawdalalicht gestellt, das aus mehreren Dochten geflochten wird. Wohlriechendes Gewürz (Besomim) als Symbol der Hawdala, aufbewahrt in einem kunstvoll verzierten Besomimbehälter (Besomimbüchse) sollte dabei den Betenden begleiten.

Das Pessachfest wird zum Gedächtnis der Befreiung der Israeliten aus der ägyptischen Gefangenschaft im Frühjahr gefeiert. Das Fest beginnt am ersten Abend der Pessachwoche mit dem Sederabend. Die rituellen Gebete, Lieder und Legenden zum Fest sind in den Haggadot enthalten, die bei der Sederzeremonie verlesen werden. Die Liturgie zum Pessachfest, zum Laubhüttenfest (Sukkot) u.a. ist in besonderen Gebetbüchern (Machsorim) enthalten.

Eine besondere Rolle im jüdischen Gemeindeleben spielte die Eheschließung. Die durch den Rabbiner vollzogene Trauungszeremonie konnte in der Synagoge oder im Haus in Gegenwart zweier Zeugen stattfinden. Zur Gültigkeit war ein schriftlicher Heiratskontrakt (Katuba) erforderlich. Eine wichtige Funktion für das innere Gemeindeleben erfüllte auch der Unterricht, der zu den heiligsten Aufgaben zählte. Vom 5. bis zum 1o. Lebensjahr beschränkte er sich auf die Einführung in die Bibel. Es folgte das Mischnastudium (ältere mündliche Lehre) und der Talmudunterricht. Erst den Unterricht des erwachsenen Jungen übernahm ein Rabbiner, während die Mädchen ihre Ausbildung im Familienkreis erhielten.

Tafel 7: Alte Synagoge zu Darmstadt, erbaut 1737 (StA Darmstadt) - Hochheben der Thora während eines jüdischen Gottesdienstes, 1723 (Kupferstich von Bernard Picart, Bildarchiv Foto Marburg) - Besomimbüchse der landgräflich-hessischen Silberkammer zu Kassel, 178o (Bildarchiv Foto Marburg) - Hawdalagerät mit viergeteilter Gewürzlade, um 1725 (ebd.) - Hänge-Ampel für Sabbatlichter aus der Synagoge zu Offenbach, 18. Jh. (ebd.) - Thorakrone aus der Synagoge zu Friedberg, um 172o (ebd.) - Erlaubnis Landgraf Ernst Ludwigs von Hessen-Darmstadt an die jüdische Gemeinde zu Darmstadt zur Anstellung eines neuen Rabbiners, 1729

Thoravorhang aus der Synagoge in Kassel, um 173o (Hess. Landesmuseum Kassel)



(StA Darmstadt) - Verfügung Landgraf Ludwigs VIII. von Hessen-Darmstadt über die Abhaltung jüdischer Beerdigungen, 1761 (ebd.) - Thoravorhang aus der Synagoge zu Kassel, um 173o (Hess. Landesmuseum Kassel) - Psalterhandschrift aus der Synagoge in Friedberg, 1741 (Bildarchiv Foto Marburg) - Thoramantel aus der Synagoge in Kassel, um 17oo (ebd.) - Haggadah-Handschrift, um 152o (ebd.) - Thoraschild aus der Synagoge in Eschwege, Mitte des 18. Jh. (ebd.) - Machsor-Handschrift aus der Synagoge in Friedberg, 16.Jh. (ebd.)

Tafel 8: Darstellung von Straßenszenen der jüdischen Einwohnerschaft zu Friedberg, 1788 (Schazmann, Patriotische Gedanken über den Zustand der Juden) - Darstellung eines Frankfurter Juden, um 165o (Sammlung Bodenheimer Frankfurt) - Darstellung einer jüdischen Tagestracht aus Frankfurt, um 18oo (ebd.) - Heiratsvertrag zwischen dem Juden Mortgen zu Bleichenbach und der Bohl, Tochter des Juden Seeligmann zu Lindheim, 1696 (StA Darmstadt) - Supplik des Alexanders Rabbi an Landgraf Karl von Hessen-Kassel um Auszahlung eines Gehalts für den Unterricht im Hebräischen, 1714 (StA Marburg) - Zeugnis der Universität Marburg für den Rabbi Ben Israel über dessen Lehrtätigkeit, 1765 (ebd.) - Gutachten über den Juden Salomon Meusel von Michelsberg bei Treysa über dessen Absicht, zum evang. Glauben überzutreten, 16. Jh. (ebd.) - Zeitgenössische Darstellung eines Juden und einer Jüdin zu Frankfurt, um 178o (StadtA Frankfurt) - Kastenbuch der Judengemeinde zu Niederursel, 1758 (StA Darmstadt) - Siegel des Juden Elias Heiderich, 1616 (ebd.) - Heiratsvertrag zwischen Sanwill, Sohn des Joseph zu Rödelheim, und Aaron Koppel, Sohn des Gottschalk zu Rödelheim, als Vertreter seiner Tochter Brendel, 1753 (ebd.) - Attest der Kirchengemeinde zu Rotenburg über das Verhalten des Juden Isaak Cappel, 18o3 (StA Marburg)

9 Juden an fürstlichen Höfen

An den fürstlichen Höfen boten sich schon im Mittelalter für einzelne Juden Möglichkeiten zum sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg. So wurden Juden gerne als Ärzte herangezogen oder sie konnten als ständige Kreditgeber eine von der übrigen Judenschaft herausgehobene Stellung erlangen. Jedoch erst im 17. und 18. Jahrhundert gelang es einer größeren Anzahl von Juden, aus der Masse der jüdischen Kleinhändler und Geldverleiher aufzusteigen und als Hoffaktoren in den Fürstendienst bzw. als Hausfaktoren in den Dienst adliger Herren einzutreten. Als Bankiers und Kriegslieferanten haben sie einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der deutschen Wirtschaft nach dem Dreißigjährigen Krieg geleistet. Der soziale Aufstieg spiegelt sich etwa im Siegelgebrauch wider, der schon vor der Emanzipation eine Angleichung der Hofjuden an die Rechtsstel-

lung christlicher Konkurrenten erkennen läßt. Der hessen-kasselische Hof- und Kammeragent Feidel David erreichte gegen Ende des 18. Jahrhunderts einen Wohlstand, der es ihm ermöglichte, seinem Dienstherrn Landgraf Friedrich II. einen kostbaren Tafelaufsatz zu schenken. Joseph Süß Oppenheimer, der wohl bekannteste Hofjude, stieg zum Minister Herzog Karl Alexanders von Württemberg auf. Auch für die hessen-darmstädtische Geschichte ist er von Bedeutung, da er von Landgraf Ernst Ludwig herangezogen wurde, die finanzielle Misere der Landgrafschaft durch Beteiligung an einem Goldmünzprojekt zu beheben. Auch gutachtlich wirkten einige Juden bei der Ordnung der Staatsfinanzen mit, wie Salomon Haas in Darmstadt. Zwar bestand durch das Hofjudentum die Gefahr einer gewissen Spaltung der Judenschaft, da die Masse der jüdischen Bevölkerung ihren sozialen Status nicht verbessern konnte, zumal die Hofjuden besonderen Bemühungen des Hofes ausgesetzt waren, zum christlichen Glauben überzutreten. Doch verbesserte sich allmählich das Verhältnis der Judenschaft zu den fürstlichen Höfen, was z.B. sehr schön in der Gedenkmünze der hessischen Juden zum Regierungsantritt Landgraf Ludwigs X. zum Ausdruck kommt.

Tafel 9: Quittung des Eberhard von Hohenfels für den Juden David von Frankenberg zur Begleichung einer Schuld des Landgrafen Heinrich II. von Hessen, 1364 (StA Marburg) - Supplik des Hofjuden Feidel David in Kassel an den Landgrafen betr. Übertragung der Nachfolge oder Exspektanz an seiner Agentenstelle an seinen Sohn David Feidel, 1785 (ebd.) - Tafelaufsatz des hessen-kasselischen Hofjuden Feidel David, 178o (Hess. Landesmuseum Kassel) - Schreiben des Kabinettsfaktors Joseph Süß Oppenheimer wegen der Streitigkeiten mit dem hessischen Münzmeister Bethmann um Ausführung des Goldmünzprojekts Landgraf Ernst Ludwigs, 1733 (StA Darmstadt) - Beglaubigung Joseph Süß' bei Landgraf Ernst Ludwig, 1735 (ebd.) - Regierungsbericht an den Geheimen Rat zu Darmstadt über die Rolle Joseph Süß Oppenheimers bei der landgräflichen Münzdeputation, 1737 (ebd.) - Gedenkmünze der hessischen Judenschaft zum Regierungsantritt des Landgrafen Ludwig X., 179o (Hess. Landesmuseum Darmstadt, Münzkabinett) - Siegel des Juden Moses Lazarus aus Mannheim, 1799 (StA Marburg) - Siegel der Kasseler Hofagenten Moses und Süßmann Abraham sowie des Moses Liebmann, 1792 (ebd.) - Siegel der kurmainzischen Hofjuden Hayum Gundersheim und dessen Sohn Joseph, 1718 (StA Darmstadt) - Siegel des Juden Löw zur Goldenen Arche zu Frankfurt, 1696 (ebd.) - Gutachten des landgräflich-hessischen Hofdiakons Johann Philipp Fresenius zu den Bemühungen zur Rückführung der Tochter des Juden Löw Hayum zum jüdischen Glauben, 1739 (ebd.) - "Fruchtmaß-Reduktion" des Darmstädter Rechenmeisters Salomon Haas, 1763 (ebd.)

10 Diskriminierung, Verfolgung und Vertreibung

Eines der düstersten Kapitel im Verhältnis von Christen und Juden bilden die seit dem frühen Mittelalter periodisch auftretenden Verfolgungen, die in der beginnenden Neuzeit durch die kaum "humaneren" Vertreibungen abgelöst wurden. Sie sind Audruck eines tiefsitzenden Hasses der christlichen Bevölkerung gegen ihre jüdischen Mitmenschen, bedingt durch die kirchliche Lehre von der "servitus perpetuum Judaeorum", die den Juden die Schuld am Kreuzestod Christi aufbürdete, und die Verdrängung der Judenschaft in das wenig angesehene Darlehns- und Pfandleihgeschäft. Anlaß einer ersten großen Verfolgung bot der Kreuzzug von 1o96; eine weitere Verfolgung (Judenschlacht) wurde in einem Klagelied von 1241 beschrieben. Die Armlederpogrome zwischen 1335 und 1338 (geführt von einem Ritter Armleder) erfaßten vor allem Süddeutschland mit Franken und Schwaben, hatten aber Auswirkungen bis Hessen. Alle hochmittelalterlichen Verfolgungen wurden von den Pogromen im Zusammenhang mit der Pestwelle der Jahre 1347 - 135o in den Schatten gestellt, ausgelöst durch Brunnenvergiftungsvorwürfe und die in immer neuen Variationen auftauchende Legende vom Ritualmord der Juden. Die Ausrottung ganzer Judengemeinden in diesen Jahren veränderte grundlegend die wirtschaftliche und soziale Situation der Juden in Deutschland. Im 15. Jahrhundert setzen größere Judenvertreibungen ein, die zum Ziel hatten, sich lästiger Gläubiger zu entledigen. Aus dem 16. Jahrhundert sind für Hessen etwa die kurmainzischen Vertreibungsversuche Kurfürst Albrechts von Brandenburg und entsprechende Bestrebungen in der Grafschaft Hanau bekannt. Größere Auswirkungen hatte auch der im Zuge des Fettmilchaufstandes zu Frankfurt (Zunftunruhen unter Vinzenz Fettmilch) ausgelöste Sturm auf die Frankfurter Judengasse von 1614, der zum Auszug von 1 38o Juden aus der Stadt führte. Noch im 18. Jahrhundert versuchte man in der Landgrafschaft Hessen-Kassel, sich angeblich untauglicher Juden zu entledigen. Die Verfolgungen des Mittelalters verschwanden, die Vertreibungen gingen allmählich zurück; übrig blieb eine Diskriminierung auf allen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens, die erst im Zuge der Emanzipation aufgehoben wurde.

Tafel 1o: Klagelied betreffend den Judenmord von 1241 (StadtA Frankfurt) - Chronikalische Aufzeichnung über die Judenverfolgungen in Mainz und Frankfurt von 1349 (ebd.) - Heranziehung der im Zuge der Judenverfolgungen von 1336 - 1338 Ausgewanderten zu städtischen Lasten in Friedberg, 1339 (StA Darmstadt) - Verkauf jüdischer Güter durch Ulrich von Hanau an die Stadt Friedberg, 135o (ebd.) - Kaiserlicher Verzicht auf alle Ansprüche des Reichs aus den Judenverfolgungen, 1353 (ebd.) - "Schandbild" am Frankfurter Brückenturm zu den angeblichen Ritualmorden der Juden, 1475 (StadtA Frankfurt) - Verordnung Landgraf Friedrichs I. von Hessen-Kassel über die Ausweisung untauglicher Juden aus der Landgrafschaft, 1744 (StA Marburg) - Zeitgenössische Darstellung der Judengassen-Plünderung im Fettmilchaufstand zu Frankfurt, 1614 (Diarium historicum darinnen des H. Reichs Statt Franckforth... gefährl. Uffstandt und schwieriges Unwesen ... verzeichnet, 1615) - Zeitgenössische Darstellung des Brandes der Judengasse im Jahre 1711 (StadtA Frankfurt) - Bedenken zum Plan der Abschaffung der Juden in der Grafschaft Hanau, 1586 (StA Marburg) - Supplik der Frankfurter Judenschaft an Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel um Aufhebung der Beschränkungen zum Besuch Wilhelmsbads durch Juden, 1799 (ebd.)

Die Emanzipation der hessischen Juden 1800–1933

Für die europäischen Juden bedeutete die Französische Revolution eine entscheidende Wende. Als die französische Nationalversammlung im September 1791 eine Verfassung verabschiedete, die im Geiste von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geschaffen war, hatten die französischen Juden die volle Gleichberechtigung als Staatsbürger erlangt.

Für die deutschen Juden bedeuteten die Ereignisse in Frankreich vorerst nur eine Hoffnung. Wie sich die deutschen Fürsten gegen die demokratischen Ideen der Französischen Revolution wandten, so zögerten sie auch, ihren jüdischen Untertanen die gleichen Rechte wie den christlichen Staatsbürgern zu gewähren. Seit Jahrhunderten hatten die Juden in Deutschland größtenteils als arme und verachtete Minderheit gelebt. In entwürdigender Weise mußten sie ihre Existenz durch Zahlung eines "Schutzgeldes" und anderer Sonderabgaben von der christlichen Obrigkeit erkaufen; stets war ihr Dasein unstet und unsicher. Häufig genug galt der Schutzbrief nur für den Ernährer der Familie, nicht für die heranwachsenden Kinder, die in andere Staaten auswandern mußten, um dort einen neuen Schutzherrn zu suchen. Angesehene berufliche Beschäftigungen in Landwirtschaft und Handwerk waren den Juden verschlossen geblieben, weil sie keinen Grundbesitz erwerben durften und von Zünften und Kaufmannsgilden nicht als Mitglieder aufgenommen wurden; daher wurden sie in die wenig geachteten Erwerbszweige des Geldwechselns und Hausierens abgedrängt.

Zwar hatten sich in der Zeit der Aufklärung auch in Deutschland manche Stimmen - u.a. Lessing in "Nathan der Weise" - gegen die religiösen Vorurteile gewandt, die als Rechtfertigung für die Unterdrückung der Juden dienten. Aber erst langsam setzte sich bei Regierungen und Staatsbeamten der Gedanke durch, daß die miserable Situation der Juden nicht deren eigene Schuld, sondern die Schuld der Verhältnisse sei, unter denen sie im christlichen Staat existieren mußten. Wer die Juden ändern wollte - dies war die Ansicht aufgeklärter Beamter - mußte die Bedingungen ändern, unter

denen sie zu leben hatten. Als sich diese Erkenntnis kurz vor und nach 1800 in Deutschland allgemein durchsetzte, begann jedoch der Streit darüber, welcher Weg nun einzuschlagen sei. Der größte Teil der Regierenden sprach sich dafür aus, daß die Masse der verarmten und - wie man meinte - ungebildeten Juden erst erzogen werden müsse, ehe sie die staatsbürgerliche Gleichberechtigung erlangen dürften. Nur wenige stellten sich auf den Standpunkt, daß man den Juden zuerst gleiche Rechte und gleiche berufliche Chancen einräumen müsse, wenn man ihre "sittliche Verbesserung" wirklich wolle.

11/12 Politische Emanzipation

Der Gedanke, die Masse der Juden erst erziehen zu müssen, ehe man sie zu vollen gleichberechtigten Staatsbürgern machen könne, diente nun vielen Regierungen als Vorwand, die gesetzlichen Sonderbestimmungen, denen die Juden unterworfen waren, nur zögernd oder vorerst gar nicht aufzuheben.

Daher verbesserte sich die Lage der deutschen Juden in den ersten Jahren nach der Französischen Revolution nur wenig; u.a. schafften viele Länder den Leibzoll ab, eine entwürdigende Sonderabgabe, die Juden entrichten mußten, wenn sie auf geschäftlichen oder privaten Reisen die Grenze eines Territoriums oder eines Amtes überschritten; eine ähnliche Abgabe wurde sonst nur bei der Ein- oder Ausfuhr von Vieh erhoben.

Eine grundlegende Änderung schien sich erst anzubahnen, als Napoleon nach 1806 seine Herrschaft über Teile Deutschlands ausdehnte. Das neu errichtete Königreich Westphalen unter Napoleons Bruder Jérôme erhielt am 15. November 1807 eine Verfassung, die in Art. 10 die Gleichberechtigung und freie Religionsausübung aller Bürger garantierte. In diesem Sinne verfügte ein Dekret vom 27. Januar 1808 ausdrücklich, daß "die Untertanen, die der mosaischen Religion zugetan sind", die gleichen Rechte und Freiheiten wie die übrigen Untertanen genießen sollten. Zugleich wurden alle den Juden auferlegten Sonderabgaben "bei welcher Gelegenheit sie eingeführt seien

und unter welcher Benennung sie vorkommen mögen" gänzlich aufgehoben.

Nicht überall wurde freilich die Gleichberechtigung der Juden so selbstverständlich eingeführt wie im Königreich Westphalen. Im Großherzogtum Frankfurt mußten die dort ansässigen Juden erst 60 000 Gulden Ablösegeld zahlen, ehe ihnen am 28. Dezember 1811 die politische Gleichberechtigung zuerkannt wurde.

Mit der Niederlage Napoleons in den "Befreiungskriegen" 1813-1815 verloren auch die hessischen Juden wieder ihre Gleichberechtigung mit den übrigen Untertanen. Zwar stand dieses Thema gelegentlich auf der Tagesordnung von Regierungskollegien und Parlamenten. In den Diskussionen traten jeweils sehr unterschiedliche Standpunkte zutage: Engagierte Plädoyers für die Gleichberechtigung der Juden auf der einen Seite, Abneigung gegenüber den Juden wegen ihrer niedrigen sozialen Stellung und Skepsis wegen ihrer angeblichen nationalen Absonderung auf der anderen Seite. Wie schwer sich die Regierungen mit der Gleichberechtigung der Juden taten, zeigt beispielhaft die kurhessische Verordnung vom 14. Mai 1816. Sie verkündete in § 1 zwar, daß die einheimischen Juden die gleichen Rechte und Pflichten wie die christlichen Untertanen haben sollten, enthielt aber aus erzieherischen Gründen in den folgenden Paragraphen so viele Beschränkungen und Diskriminierungen, daß von einer wirklichen Gleichberechtigung nicht die Rede sein konnte. Die nassauische Regierung legte den Herzögen Wilhelm bzw. Adolf immer neue Entwürfe zu einem Gesetz vor, das den Juden eine - allerdings eingeschränkte - Gleichberechtigung gewähren sollte, doch kam es nicht zu einer offiziellen Verkündung. So blieben die nassauischen Juden bis in die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts auf dem Status von "Schutzjuden" stehen.

Die berüchtigten "Hep-Hep-Krawalle" von 1819 zeigten, daß auch in den unteren Schichten der Bevölkerung viele Ressentiments gegenüber den Juden fortlebten, so daß es leicht zu einer Pogromstimmung kommen konnte.

Sammlung von Gesetzen ꝛc.
für Kurhessen.

Jahr 1848. — Nr. XXVII. — October.

Gesetz
vom 29sten October 1848,
die Religionsfreiheit und die Einführung der bürgerlichen Ehe betreffend.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm der Ite, Kurfürst ꝛc. ꝛc.

erlassen, zur Vollziehung der §. §. 29 und 30 der Verfassungs-Urkunde und der in Unserer Verkündigung vom 11ten März d. J. gegebenen Zusicherung vollständiger Religions- und Gewissens-Freiheit und deren Ausübung, nach Anhörung Unseres Gesammt-Staatsministeriums und mit Zustimmung der getreuen Landstände das nachstehende Gesetz:

I. Von der Bekenntniß- und Glaubens-Freiheit.

§. 1.

Einem Jeden stehet vollkommene Freiheit des Gewissens und der Religionsübung zu. Diese umfaßt sowohl die vollständige Freiheit der religiösen Ueberzeugung und des Glaubensbekenntnisses, als auch das Recht zur freien Vereinigung behufs gemeinsamer Gottesverehrung und zu Gründung von Religionsgesellschaften.

Jedoch darf die Religion nie als Vorwand gebraucht werden, um sich irgend einer gesetzlichen Verbindlichkeit zu entziehen.

Niemand ist verpflichtet, sich irgend einer religiösen Genossenschaft anzuschließen und niemand soll zu einer kirchlichen Handlung gezwungen werden.

§. 2.

Die Ausübung aller bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte, insbesondere die Bekleidung von Staats- und Gemeinde-Aemtern ist von dem Glaubensbekenntnisse unabhängig.

Die Fähigkeit zu Kirchen-Aemtern, und zu Stellen, mit welchen ein Religionsunterricht verbunden ist, bleiben durch die Angehörigkeit zu der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft bedingt.

§. 3.

Der eheliche Vater und nach dessen Ableben die Mutter, sowie bei unehelichen Kindern die Mutter, hat zu bestimmen, welchem Glaubensbekenntnisse das Kind angehören soll. Erfolgt eine solche Bestimmung, so ist sie dem Ortsvorstande anzuzeigen, andernfalls folgen die Kinder dem Bekenntnisse des Vaters, beziehungsweise der unehelichen Mutter.

Verträge und Verabredungen jeglicher Art, wodurch der Vater, beziehungsweise die Mutter des oben zugestandenen Rechtes sich begiebt, oder dasselbe beschränkt, sind rechtlich unwirksam.

§. 4.

Die Befugniß zum Wechsel des Glaubensbekenntnisses tritt mit zurückgelegtem achtzehnten Lebensjahre ein.

Die Wirksamkeit der Aenderung des Glaubensbekenntnisses ist jedoch von einer Anzeige über den Austritt bei dem Pfarrer oder dem sonstigen geistlichen Beamten, welcher für den Ausscheidenden nach dessen bisherigem Bekenntnisse zuständig war, abhängig.

(Ausgegeben zu Cassel am 31sten October 1848.)

Die Revolution von 1848 brachte den deutschen Juden nicht nur die politische, sondern auch die Glaubensfreiheit (Auszug aus dem kurhessischen Gesetz über die Religionsfreiheit und die Einführung der bürgerlichen Ehe vom 29.1o.1848)

Die Revolution des Jahres 1848 schien nicht nur den christlichen, sondern auch den jüdischen Untertanen die Emanzipation zu bringen. In allen zeitgenössischen Verfassungen wird betont, daß es künftig keinerlei Benachteiligung aus religiösen Gründen mehr geben dürfe. Aber das Scheitern der Revolution im Jahr 1849 bedeutete, daß die Diskriminierung der Juden auf vielen Rechtsgebieten bis in die 60er Jahre bestehen blieb. Erst die Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1867 garantierte endgültig, daß für die Juden die gleichen bürgerlichen Rechte und Freiheiten wie für die übrigen Bürger galten.

Tafel 11: Erlaß der Fürstl. Nassau-Weilburgischen Regierung vom 19.8.1806 betr. Aufhebung des Leibzolls (Hess. HStA) - Grabstein des Fürstl. Isenburgischen Rats Wolf Breidenbach (Vorkämpfer für die Abschaffung des Leibzolls) auf dem Friedhof in Offenbach (Sammlung Arnsberg) - Königl. Dekret Jérômes vom 27.1.1808 verleiht den jüdischen Untertanen die Gleichberechtigung (Gesetzbulletin S. 255 ff.) - Verordnung von Fürstprimas Karl Theodor von Dalberg, Großherzog von Frankfurt, vom 28.12.1811, die den Frankfurter Juden nach Zahlung einer hohen Ablösesumme die Gleichberechtigung verleiht - Karte von Hessen 1812 (Geschichtl. Atlas von Hessen)

Tafel 12: Anläßlich der Hep-Hep-Krawalle mahnen Bürgermeister und Rat der Stadt Frankfurt am 11.8.1819 zu Ruhe und Ordnung (StadtA Frankfurt) - Zeitgenössische Darstellung der Hep-Hep-Krawalle (ebd.) - Vorschriften für die Heirat Israelitischer Staatsbürger (Kurhess. Sammlung von Gesetzen 1821 S. 103) - Verordnung der herzogl.-nass. Landesregierung vom 16.3.1842 betr. Annahme von Familiennamen durch Juden (Hess. HStA) - Auszüge aus den Verhandlungen der 2. Kammer der großherzogl.-hess. und der herzogl.-nass. Ständeversammlung - Portrait Ludwig Börnes (geb. 1786 Frankfurt - gest. 1837 Paris), der als Publizist für die politische und geistige Freiheit kämpfte (Sammlung Gorski) - Gesetz über die Religionsfreiheit und die Einführung der bürgerlichen Ehe vom 29.10.1848 (Kurhess. Sammlung von Gesetzen 1848 S. 133) - Karte von Hessen 1860 (Geschichtlicher Atlas von Hessen) - Statistische Darstellungen der jüdischen Bevölkerungsentwicklung in Hessen

13 Berufsumschichtung

Auf viele Juden übten die neuen beruflichen Möglichkeiten, die sich ihnen im Lauf des 19. Jhs. boten, eine große Anziehungskraft aus. Viele waren von der neuen Welt jenseits des Ghettos fasziniert und nutzten bereitwillig die gebotenen Bildungschancen.

Es hätte daher nicht der Vorhaltungen christlicher Politiker bedurft, die Juden möchten doch bitte "anständige" Berufe erlernen, damit sie der Gleichberechtigung würdig würden. Diese Mahnungen stützten sich auf die Tatsache, daß die Juden stets weit überproportional im Handel und verhältnismäßig wenig im Handwerk und in der Landwirtschaft tätig waren; konservativen Politikern erschienen jedoch aus einem traditionellen Berufsverständnis heraus die Berufe des Bauern oder des Handwerkers als die eigentlich "produktiven" Berufe.

Statistiken zeigen, daß die jüdische Bevölkerung in der Tat eine andere Berufsstruktur als die christliche besaß.

So waren 1842 in Kurhessen im Handel 14,5% der jüdischen, dagegen nur 0,8% der christlichen Bevölkerung tätig. Umgekehrt sah es in Handwerk und Industrie aus: Hier arbeiteten 8,5% der christlichen, aber nur 5,5% der jüdischen Bevölkerung.

Auch gegen Ende des 19. Jahrhunderts sah die jüdische Berufsstruktur auf den ersten Blick kaum anders aus, wie z.B. das Ergebnis der Volkszählung für das Großherzogtum Hessen(-Darmstadt) vom Jahr 1895 zeigt. Damals wurden 476 234 berufstätige Christen und 9919 berufstätige Juden gezählt, die sich folgendermaßen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche verteilen:

	Christen	Juden
Landwirtschaft	35,1%	2,1%
Industrie und Handwerk	33,7%	15,3%
Handel und Verkehr	8,4%	60,8%
öffentl. Dienst, freie Berufe	7,6%	4,8%
Selbständige ohne Beruf	8,0%	13,7%
Häusliche Dienstboten	5,7%	3,0%

Obwohl die Mehrzahl der jüdischen Bevölkerung im 19. und 20. Jahrhundert im Handel tätig war, vollzog sich dennoch ein tiefgreifender Wandel in der jüdischen Berufsstruktur. Dabei gab es vor allem in der 1. Hälfte des 19. Jhs. sehr ernsthafte Versuche von jüdischer Seite, Handwerksberufe zu ergreifen, die auch nicht ohne Erfolg blieben. Mehrere bedeutende jüdische Stiftungen in Frankfurt (Rothschild), Darmstadt, Kassel und Offenbach leisteten jungen Juden, die ein Handwerk erlernen wollten, finanzielle Hilfe. Hemmend war jedoch der Widerstand christlicher Handwerker, die sich gegen die unliebsame Konkurrenz wehrten. Sie wurden dabei häufig von den Behörden unterstützt, die namentlich in Kurhessen eine widerspruchsvolle Haltung einnahmen: Einerseits achteten sie darauf, daß jüdische Eltern ihre Kinder nicht sämtlich Händler oder gar Hausierer werden ließen, andererseits verhinderten sie häufig die Niederlassung jüdischer Handwerker, indem sie erklärten, daß an dem betreffenden Ort kein Bedarf an weiteren Handwerkern bestünde. Im übrigen wurde die Hinwendung von Juden zum Handwerk dadurch erschwert, daß dieser Wirtschaftszweig stark überlaufen und durch die aufkommende Industrie ernsthaften Krisen ausgesetzt war.

Dagegen blieben Handel und Bankgewerbe zukunftsreiche Branchen. Der Bildungseifer der jüdischen Jugend schlug sich ferner in einer hohen Zahl von Akademikern nieder. Da vor 1918 Juden nicht in den Staatsdienst aufgenommen wurden, haben jüdische Akademiker vor allem freie Berufe - namentlich als Rechtsanwälte und Ärzte - gewählt. Wie hoch ihr Anteil an diesen Berufen war, zeigte z.B. die Volkszählung von 1933: Danach zählten die Juden nur 0,76% der Gesamtbevölkerung, stellten aber 16,3% der Rechtsanwälte und Notare, 10,9% der Ärzte und 15,1% der Makler und Kommissionäre.

Innerhalb von einem Jahrhundert war aus einem Volk von Geldwechslern, Hausierern und Nothändlern eine nach ihrer beruflichen Stellung weit über dem Durchschnitt liegende Bevölkerungsgruppe geworden. Die Juden hatten die von den Politikern um 1800 erhobene Forderung, sich beruflich und bildungsmäßig zu qualifizieren, in einem unerwarteten Maße erfüllt. Auch im kulturellen Leben waren die Juden weit stärker vertreten, als es ihrem Bevölkerungsanteil

entsprach: So stellten sie 5,6% der Regisseure und Spielleiter, 3% der Tänzer und Schauspieler, 5,1% der Redakteure und Schriftsteller. Das hohe kulturelle Niveau Deutschlands während der Weimarer Republik wurde zu einem beträchtlichen Teil von jüdischen Künstlern und Intellektuellen mitgetragen.

Tafel 13: Kurhessische Verordnung vom 12.2.1819, nach der kein Jude mehr als einen Sohn dem Detailhandel widmen durfte (Kurhess. Sammlung von Gesetzen 1819 S. 9) - Das "Preusje von Schlüchtern" (Radierung von Ludwig Emil Grimm, 1815) - Kurhessische Verordnung vom 2o.3.182o gegen das "verderbliche Schacherwesen der Juden"(Kurhess. Sammlung von Gesetzen 182o S. 41) - Rede des Abg. Seitz vor der 2. Kammer der hessen-darmstädtischen Ständeversammlung am 22.4.1847 betr. die einseitige Berufsstruktur der Juden - Mitteilung über die Gründung einer israelitischen Professionistenkasse zu Offenbach, die die Ausbildung junger Juden zu Handwerkern unterstützt (Großherzogl. Hess. Reg. Blatt Nr. 12 vom 18.4.1823) - Jüdischer Bettler aus dem Rhein-Main-Gebiet um 1818 (Sammlung Bodenheimer) - Bild der fünf Rothschild-Brüder: Amschel Mayer (Frankfurt), Nathan Mayer (London), Salomon Mayer (Wien), James Mayer (Paris) und Karl Mayer (Neapel) (StadtA Frankfurt) - Antrag des Abg. Sartorius in der hessen-darmstädtischen Ständeversammlung vom 13.3.1851 betr. den jüdischen Viehverkauf gegen Kredit - Friedberger Judengasse um 193o (Sammlung Arnsberg) - Tabelle zu einer Denkschrift des Frankfurter Wirtschaftsamtes vom 17.2.1934 über den hohen jüdischen Anteil am Frankfurter Handel (Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945, S. 183-184)

14 Bildungswesen

In der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts hielten nichtjüdische Politiker auch in den hessischen Landtagen Reden, in denen sie betonten, wie notwendig eine bildungsmäßige und sittliche Verbesserung der Juden sei; solche Ausführungen wirkten schon damals ein wenig arrogant gegenüber der jüdischen Minderheit, weil auch der Bildungsstand der christlichen Bevölkerung im allgemeinen recht niedrig war. Die Regierungen ordneten an, daß die jüdischen Kinder entweder in besondere jüdische Schulen oder aber in christliche Schulen gingen; letzteres war problematisch, solange hier nur christliche Konfessionsschulen zur Verfügung standen. Immerhin führten das Herzogtum Nassau im Jahr 1817 und das Großherzogtum Hessen im Jahr 1874 Simultanschulen ein; nur in Kurhessen blieben Konfessionsschulen die Regel und hier war später auch der Schwerpunkt des eigenen jüdischen Volksschulwesens zu suchen.

Eine jüdische Schule besonderer Prägung stellte das Philanthropin in Frankfurt dar: Ursprünglich im Jahr 18o4 als "Stätte der Menschenfreundlichkeit" zur Erziehung jüdischer Waisenknaben ins Leben gerufen, entwickelte es sich zu einer jüdischen Volksschule und schließlich zu einem bedeutenden Reformrealgymnasium (einschließlich eines Mädchenlyzeums). In seiner Blütezeit hatte es 9oo Schüler, 1941 wurde es von den Nazis aufgelöst.

Ebenfalls in Frankfurt entstand im Jahr 1919 das "Freie jüdische Lehrhaus" als Stätte der Erwachsenenbildung. Diese jüdische Volkshochschule wurde von Franz Rosenzweig gegründet, an ihr lehrte auch Martin Buber.

Die rasche Wandlung der jüdischen Bevölkerung zu einem bedeutenden Kulturträger in Hessen wird besonders bei der Gründung der Frankfurter Universität im Jahr 1914 deutlich. Sie geht auf die Initiative des reichen Frankfurter Bürgertums zurück. Zahlreiche Juden und jüdische Stiftungen waren dabei mit großen Spenden beteiligt. Stellvertretend für viele andere seien hier Wilhelm Merton (Gründer der Metallgesellschaft AG) und die Speyer'sche Studienstiftung genannt, die allein die Kosten mehrerer Lehrstühle in der philosophischen Fakultät bestritt.

Tafel 14: Diskussion in der 2. Kammer der hessen-darmstädtischen Ständeversammlung vom 25.1.1821 betr. eine bessere Bildung der Juden - Hebräisch darf in den jüdischen Volksschulen nicht gelehrt werden (Verordnung Großherzog Ludwigs I. von Hessen vom 17.7.1823) - Stundenplan der jüdischen Volksschule in Sontra vom Jahr 1864 (StA Marburg) - Auszug aus dem Lehrbuch des Kasseler Schulleiters Moses Büding über den israelitischen Konfirmandenunterricht, 1824 - Das Frankfurter Philanthropin (19o8, StadtA Frankfurt) - Übersicht über die Zahl der Lehrlinge, die der "Verein zur Beförderung der Handwerker unter den israelitischen Glaubensgenossen" in Frankfurt am 1.9.1849 förderte (StA Marburg) - Schaffung von Lehrstühlen an der künftigen Universität Frankfurt durch die jüdische Speyer'sche Studienstiftung (Schreiben vom 14.12.19o9, bei R. Wachsmuth, Die Gründung der Universität Frankfurt, 1929, S. 159f.) - Programm des jüdischen Vereins für Volksbildung in Frankfurt vom Februar 1923 (StadtA Frankfurt)

15/16 Synagogen und religiöses Leben

Daß die Juden im 19. Jahrhundert einen neuen Zugang zu ihrer Umwelt fanden, blieb nicht ohne Folgen für ihr religiöses Leben. Die einst im Ghetto festgefügte Lebensgemeinschaft löste sich auf, nicht wenige Juden lebten bald nur noch in lockerem Zusammenhang mit ihren Glaubensgenossen, wenn sie nicht sogar zum Christentum übertraten. Namhafte Rabbiner zeigten sich gegenüber den modernen theologischen Zeitströmungen aufgeschlossen; unter ihnen galt Abraham Geiger aus Frankfurt als Bahnbrecher des Reformjudentums, das die formale und inhaltliche Entwicklungsfähigkeit der jüdischen Religion betonte. In den Reformgemeinden kam diese Auffassung auch in der Gestaltung des Gottesdienstes sichtbar zum Ausdruck: Gebete und Predigten in der Landessprache sowie Orgelmusik wurden eingeführt, die frühere spontane Mitbeteiligung der Gemeindemitglieder am Gottesdienst (lautes Mitbeten und Korrigieren des Vorbeters) wurde in den neuen Synagogenordnungen als unerwünscht betrachtet. Die Frauen nehmen im gleichen Raum wie die Männer am Gottesdienst teil; sie sind zwar voneinander getrennt, aber nicht wie früher auf die Galerie verbannt. Demgegenüber hielten orthodoxe jüdische Gemeinden an der thoratreuen Betätigung und Lebensanschauung fest, die unbedingte Befolgung der biblischen und rabbinischen Vorschriften verlangte. Einer der bedeutendsten Führer der Orthodoxie war Samson Raphael Hirsch (18o8-1888), der 1851 in Frankfurt die neuorthodoxe "Israelitische Religionsgesellschaft" gründete.

Der soziale Aufstieg des Judentums im 19. Jahrhundert führte zu einer neuen Blüte im Synagogenbau. Die jahrhundertelange Unterdrückung hatte bislang eine öffentliche Darstellung in monumentalen Formen, sofern sie nicht im Ghetto geschah, verhindert. Erst die fortschreitende Emanzipation gab die Möglichkeit, die Architektur als Mittel der Selbstdarstellung zu benutzen. Dabei ist übrigens in der architektonischen Gestaltung kein grundsätzlicher Unterschied zwischen liberalen und orthodoxen Synagogen, wohl aber häufig die Absicht zu erkennen, in dem Bauwerk die neue, gleichbe-

rechtigte Rolle der Juden in der Gesellschaft darzustellen.

1. Frühe christliche Basilika:
Der Baustil der "Neuen Synagoge" in Kassel (183o) soll die Integration der Juden in die christliche Umwelt symbolisieren. Dazu bedient sich der Architekt einer gemeinsamen Bautradition, nämlich der der frühen christlichen Basilika. Auf diese Weise versucht der Baumeister Rosengarten durch Bauform und -stil die politische Forderung nach Gleichstellung der Juden zu unterstützen. Der Vorstand der Synagogengemeinde Kassel hatte durch die Wahl des üblichen Rundbogenstils das Deutschtum der Juden in der neuen Synagoge darstellen wollen. Rundbogenformen, die Anklänge an romanische oder byzantinische Vorbilder aufweisen, sind sonst vor 184o im Synagogenbau äußerst selten.

2. Maurischer Stil und Gotik:
Die hohe Wertschätzung der Gotik als christlicher Baustil verhinderte ihre Übernahme durch die jüdischen Gemeinden; es lag also nahe, für diesen spezifisch christlichen Stil einen Ersatz zu finden, der als spezifisch jüdisch angesehen werden konnte. Da es einen solchen Stil nicht gab, sollte der maurische Stil diese Funktion übernehmen. So ist eine Gotisierung maurischer Formen in Fulda (1859), Frankfurt (186o) und Wiesbaden (1896) festzustellen. Mit den maurischen Stilformen wurde die Verbundenheit mit der alten Religion, mit den gotisierenden die Zugehörigkeit zur deutschen Nation dargestellt.

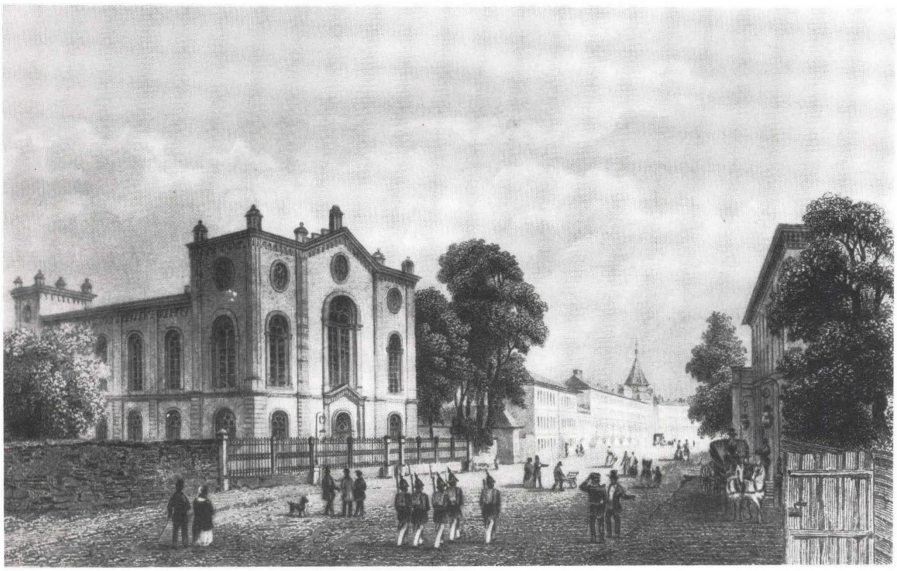
3. Repräsentationsformen im Synagogenbau:
Doppelfassade und Kuppel gaben seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts vielen Synagogenbauten einen repräsentativen Charakter. Vorher waren die Synagogen durch die Turmstümpfe deutlich als nicht kirchliche Gebäude gekennzeichnet. Sie hatten durch die gekappten Türme dokumentiert, daß sie mit den christlichen Kirchen nicht konkurrieren wollten und durften - eine Unterwürfigkeitsgeste, die etwa in der gleichen Tradition steht wie die Darstellung der mittelalterlichen "Synagoge" mit gebrochener Lanze. Nach 186o waren die Türme meistens im Unterbau stilistisch einheitlich mit der übrigen Synagoge. Im Aufsatz wurden jedoch auffallenderweise



Ehemalige Fachwerksynagoge in Breidenbach, Landkreis Kassel. Das Gebäude ist noch heute erhalten (Sammlung Arnsberg)

unten:

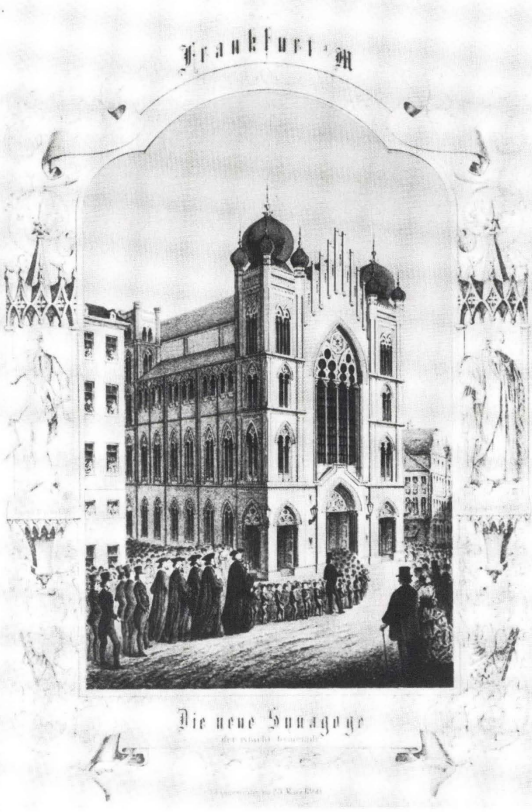
"Neue Synagoge" in Kassel, erbaut von dem jüdischen Architekten A. Rosengarten und dem Hofbaudirektor Ruhl und 1830 eingeweiht (Stadtarchiv Kassel)



andere Stilarten angewandt, z.B. barocke Zwiebelkuppeln auf byzantinischen oder romanischen Turmstümpfen (z.B. in Bad Homburg 1866). Man wagte damit, kirchliche Bautraditionen wieder aufzunehmen, die im zeitgenössischen christlichen Sakralbau nicht zu finden sind. Als anderes, nicht christlich geprägtes Element wird häufig die Kuppel verwandt - nicht so sehr um das Gebäude als Kultbau zu charakterisieren, sondern um es als bedeutendes öffentliches Gebäude herauszuheben.

4. Synagogen nach 1900:
In den ersten Jahren nach 1900 kommt das gestärkte Selbstbewußtsein der deutschen Juden in Großbauten zum Ausdruck; häufig wendet man sich wieder orientalischen Formen zu, aber auch riesige romanische "Kathedralen" werden errichtet, in Hessen z.B. in Limburg (1902/1903), Alsfeld (1904/1905) und Mainz (1912). Die Synagogen im Frankfurter Westend (1908/1910) und in Offenbach (1913/1916) werden dagegen von Architekten errichtet, die den Tendenzen des Bauhauses sehr nahe stehen.

5. Fachwerksynagogen:
Der Synagogenbau in den Landgemeinden wurde auch im 19. Jahrhundert häufig noch in sehr schlichter Form ausgeführt, wenn nicht die Gottesdienste der Juden überhaupt in Betsälen oder auch nur in Stuben stattfanden, die einzelne Gemeindemitglieder in ihren Privathäusern eingerichtet hatten. In vielen Kleingemeinden gab es zwar separate Kultgebäude, doch dienten sie meist gleichzeitig als Wohnhaus für Gemeindebedienstete und als Schule und waren deshalb nach außen von Wohnhäusern oft nicht zu unterscheiden. Die einfachen Fachwerksynagogen, die besonders in Hessen zu finden waren, also in einem Gebiet, in dem auch der Fachwerkbau dieser Zeit zu den billigsten Bauweisen gehörte, sind auf die geringe Finanzkraft der kleinen Gemeinden zurückzuführen. Sie passen sich allerdings auch so stark dem lokalen Wohnhausstil und nicht dem örtlichen Kirchenbau an, daß hier sicher auch der Wunsch eine Rolle gespielt haben dürfte, sich von den christlichen Kirchen zu unterscheiden und nicht etwa aufzufallen.

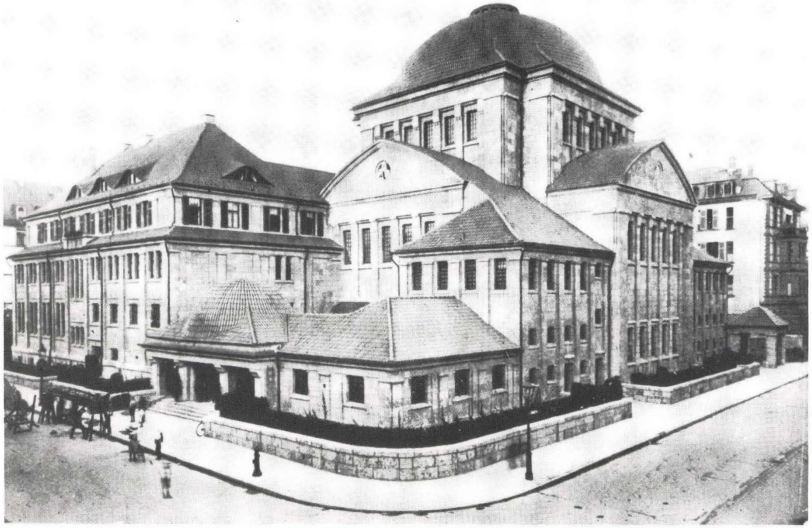


rechts:

Die Hauptsynagoge in Frankfurt a.M., zwischen 1855 und 1860 am Ende der Judengasse erbaut, bringt in ihrer Architektur zum Ausdruck, daß die Gemeinde sich des Ursprungs ihrer Religion bewußt ist, aber nicht als orientalisch charakterisiert werden möchte (StadtA Frankfurt)

unten:

Westend-Synagoge in Frankfurt a.M., erbaut 1908-1910 von F. Roeckle, der vom Bauhaus beeinflußt war. Mit diesem Bau stand der jüdische Kultbau an der Spitze der zeitgenössischen Entwicklung in der Sakralarchitektur (StadtA Frankfurt)



6. Judenbäder:

Eine wesentliche Institution der Synagoge war das rituelle Bad - Mikwah - genannt. Die rituelle Reinigung der Frauen nach ihrer Periode und evtl. die der Männer nach Geschlechtsverkehr oder Pollution geschieht durch das Untertauchen in der Mikwah.Zu den rituellen Bädern in Hessen, die erhalten geblieben sind, gehört das Judenbad in Friedberg.

Tafel 15: Blick auf die Frankfurter Judengasse von Mylius (1860, StadtA Frankfurt) - Außen- und Innenansicht der Hauptsynagoge in Frankfurt, erbaut 1855-1860 (ebd.) - Außenansicht des Judenbades in Friedberg, errichtet um 1260 und bis 1808 benutzt (Sammlung Arnsberg) - "Der Segen des Rabbi" und "Das Wochen- oder Pfingstfest", Gemälde von Moritz Daniel Oppenheim (1799-1882) - Bild des Rabbiners Samson Raphael Hirsch (1808-1888), Organisator und Theoretiker der Neuorthodoxie (StadtA Frankfurt) - Bild des Rabbiners Abraham Geiger (1810-1874), Vertreter der geschichtlich ausgerichteten Reformbewegung (ebd.) - Einladung zur Subskription der "Universal-Kirchenzeitung" für das protestantische, katholische und israelitische Deutschland (ebd.) - Außenansicht und Grundriß der Fachwerksynagoge in Hoof, errichtet um 1854 (Sammlung Arnsberg) - Fachwerksynagoge in Breidenbach (noch heute erhalten) (Sammlung Arnsberg) - Gemeindehaus der jüdischen Gemeinde in Hanau, Nürnberger Straße 3, aus dem 18. Jahrhundert (Kreisbildstelle Hanau)

Tafel 16: "Neue Synagoge" in Kassel in der Unteren Königstraße, eingeweiht 1830 (StadtA Kassel) - Außen- und Innenansicht der Synagoge in Fulda, errichtet 1858/1859 (Sammlung Arnsberg)- Außen- und Innenansicht der Synagoge am Michelsberg in Wiesbaden, errichtet 1896 (Sammlung Arnsberg) - Synagogenordnung für die Israelitische Cultusgemeinde zu Wiesbaden 1870 (Hess. HStA) - Hauptsynagoge der liberalen Israelitischen Religionsgemeinde in Mainz, Hindenburgstr. 44, eingeweiht 1912 (StadtA Mainz) - Synagoge in der Elisabethenstraße in Bad Homburg, eingeweiht 1866 (Sammlung Arnsberg) - Orthodoxe Synagoge in der Lutherstraße in Alsfeld, erbaut 1904/1905 (Sammlung Arnsberg) - Synagoge in der Unteren Schmiede in Limburg, eingeweiht1903 (Stadtbauamt Limburg/L.) - Synagoge in der Goethestraße 5 in Offenbach, erbaut 1913/1916, ein 30 m hoher runder Kuppelbau (StadtA Offenbach) - Liberale Synagoge im Frankfurter Westend, erbaut 1908/1910 (StadtA Frankfurt)

17 Prominente jüdische Persönlichkeiten

Die große Bedeutung der Juden für das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben in Hessen, namentlich im 19. und 2o. Jahrhundert, kann hier nur angedeutet werden.

Der Name Rothschild ist in aller Welt bekannt geworden durch den faszinierenden Aufstieg der einstigen jüdischen Privatbank in Frankfurt zu einem der größten europäischen Bankhäuser; doch gab es darüber hinaus Dutzende kleinere und größere Privatbankhäuser in Hessen, vor allem in Frankfurt selbst. Wilhelm Merton und Leopold Cassella seien hier stellvertretend für zahlreiche andere jüdische Industrielle genannt; während die Cassella Farbwerke noch heute den Namen ihres jüdischen Gründers tragen, lebt das Werk Wilhelm Mertons in der "Metallgesellschaft AG" Frankfurt a.M. fort. Wilhelm Merton hat darüber hinaus auf dem Gebiet der Sozial- und Bildungspolitik große Verdienste errungen: Er gründete das "Institut für Gemeinwohl" in Frankfurt und gehörte zu den tatkräftigsten Mitbegründern der Frankfurter Universität.

Zwei Kasseler Juden sind die Väter bedeutender englischer Unternehmen. Der aus Kassel stammende Chemiker Ludwig Mond gründete in England die Firma Brunner, Mond & Co., die Kernzelle des heutigen großen Chemiekonzerns ICI.

Nach England zog es auch Paul Julius Reuter; er gründete dort die berühmte Nachrichtenagentur Reuters Ldt.

Die "Frankfurter Zeitung", eine der berühmtesten liberalen Zeitungen jener Zeit, geht auf eine Gründung Leopold Sonnemanns aus dem Jahr 1856 zurück. Sonnemann vertrat Frankfurt auch als linksliberaler Abgeordneter im Reichstag. Der Nationalliberalen Partei gehörten unter anderem August Joseph Metz aus Darmstadt und vor allem Ludwig Bamberger aus Mainz an, der in den 8oer Jahren des 19. Jahrhunderts zu den bedeutendsten parlamentarischen Gegenspielern Bismarcks zählte. Es war naheliegend, daß Juden vor allem in jenen Parteien politisch tätig wurden, die für eine Emanzipation der Gesellschaft eintraten. Neben den liberalen Parteien zählte

daher auch die SPD viele jüdische Mitglieder.

Zu den bekanntesten jüdischen Professoren in Hessen gehörte unter anderem der Philosoph Hermann Cohen, der die Marburger Schule des Neukantianismus begründete. Martin Buber wirkte am Freien Jüdischen Lehrhaus und als Honorarprofessor an der Universität Frankfurt; er erhielt 1952 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Die "Frankfurter Schule" in der Soziologie wurde von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno begründet.

Unter den Forschern auf dem Gebiet der Medizin ist vor allem Paul Ehrlich zu nennen, der von 1899 bis zu seinem Tod im Jahr 1915 in Frankfurt als Direktor des Instituts für experimentelle Therapie wirkte und die moderne Chemotherapie entdeckte. Nicht vergessen sei aber beispielsweise auch der Kasseler Chirurg Benedikt Stilling, der 1842 die Gefriermethode für die Anfertigung von Serienschnitten in die Histologie einführte.

Stellvertretend für die große Zahl von Juden, die in Hessen als Schauspieler und Künstler lebten, seien hier der Dirigent William Steinberg, der Gründer und Leiter des Neuen Theaters in Frankfurt, Arthur Hellmer, und der Bildhauer Benno Elkan erwähnt, der durch den politischen Bezug seiner Denkmäler - genannt seien hier das Befreiungsdenkmal in Mainz (nach 1930), das Denkmal "Den Opfern" in Frankfurt (nach 1945) und die Menorah vor der Knesset in Jerusalem - großes Aufsehen erregte.

Tafel 17: Benedikt Stilling (1810-1879), Chirurg und Forscher - Hermann Cohen (1842-1918), Philosoph, Begründer des Marburger Neukantianismus - Paul Ehrlich (1854-1915), Mediziner und Serologe, Schöpfer der modernen Chemotherapie, Nobelpreis 1908 - Friedrich Gundolf, Literaturhistoriker (1880-1931) - Martin Buber (1878-1965) Sozialphilosoph, Friedenspreis des deutschen Buchhandels 1952 - Max Horkheimer (1895-1973), Soziologe - Theodor W. Adorno (1903-1969), Soziologe und Musikkritiker

August Metz (1818-1874), Mitbegründer des Deutschen Nationalvereins und erster jüdischer Abgeordneter im hessischen Landtag - Ludwig Bamberger (1823-1899), liberaler Reichstagsabgeordneter - Ludwig Sonnemann (1831-1909), Gründer der "Frankfurter Zeitung" und linksliberaler Reichstagsabgeordneter - Karl Flesch (1853-1915), Sozialpolitiker - Bertha Pappenheim (1859-1936), Sozialpolitikerin - Toni Sender (1888-1964), SPD-Reichstagsabgeordnete

Herz Hachenburger (1787-1851), Musiker und Dirigent in Darmstadt - Arthur Hellmer (188o-1961), Theaterintendant - Benno Elkan (1877-196o), Bildhauer - Heinrich Gottselig (1884-1935), Maler - William Steinberg (geb. 1899), Dirigent - Leo Sternberg (1876-1937), Richter und nassauischer Kulturhistoriker - Paul Arnsberg (1899-1978), Jurist und Historiker der jüdischen Gemeinden in Hessen

Leopold Cassella (1766-1847), Gründer der Cassella-Werke - Mayer Karl Freiherr von Rothschild (182o-1886), Bankier - Wilhelm Merton (1848-1916), Industrieller, Mitbegründer der Universität Frankfurt - Ludwig Mond (1839-19o9), Chemiker und Fabrikant - Sigmund Aschrott (1826-1915), Leinenfabrikant, Verdienste um die Stadtentwicklung Kassels - Paul Julius Reuter (1816-1899), Gründer der Nachrichtenagentur Reuter

18 Antisemitismus um 1900

Um 187o hatten die Juden im Deutschen Reich formell die Gleichberechtigung erlangt und damit war die "Judenfrage" eigentlich gelöst, zumal zwischen Juden und Nichtjuden ein immer stärkerer Prozeß der "Assimilation" in Gang kam, der sich auch in der zunehmenden Zahl von Mischehen ausdrückte. Damit wurde auch dem noch in der 1. Hälfte des 19. Jhs. gegen die Juden erhobenen Vorwurf, sie sonderten sich absichtlich von ihrer Umwelt ab, immer mehr der Boden entzogen. Durch ihr Berufs- und Bildungsstreben hatten die Juden auch die frühere Forderung nichtjüdischer Politiker, daß sie "anständige" Berufe ergreifen sollten, in einem erstaunlich hohen Umfang erfüllt.

Dennoch kam schon wenig später eine neue Form des Antisemitismus auf, der "moderne Antisemitismus", wie ihn die Forschung heute nennt. Der übersteigerte Nationalismus, der sich in Deutschland nach den drei siegreichen Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71 ausbreitete, stellte von neuem die nationale Zugehörigkeit der Juden in Frage. Mit dem Niedergang des politischen Liberalismus nach 1878 schwand auch die Bereitschaft zur Toleranz. Stattdessen kam ein Rassismus auf, der die Juden als Fremdkörper ansah, ganz gleich ob sie getauft oder orthodox, ob sie assimiliert oder nicht assimiliert waren. Die antisemitischen Vorurteile im bürgerlichen Mittelstand wurden zusätzlich durch Konkurrenzneid gegen erfolgreiche jüdische Unternehmer, Kaufleute, Ärzte und Rechtsanwälte

genährt; der soziale Aufstieg, den man den Juden in der 1. Hälfte des 19. Jhs. ausdrücklich abverlangt hatte, wurde nun, da sie ihn erreicht hatten, als Argument gegen sie verwandt.

In Oberhessen breitete sich der Antisemitismus schon in den 80er Jahren des 19. Jhs. aus. Der Marburger Bibliothekar und Volksliedforscher Otto Böckel agitierte hier gegen die starke Stellung, die die Juden in Oberhessen als Viehhändler und Kreditgeber gegenüber den kleinen Bauern hatten. Ein Geistesverwandter Böckels war der Reichstagsabgeordnete Ludwig Werner, der in Kassel die Zeitschrift "Das Reichsgeldmonopol" herausgab. Diese trug auf dem Titelblatt die Parole: "Die Judenfrage ist die soziale Frage". Damit wurde dieses Blatt zum Vorreiter all jener Demagogen einschließlich Hitlers, die die Juden mit dem Kapitalismus identifizierten und die sozialen Spannungen und Konflikte des modernen Wirtschaftssystems einfach dem Judentum in die Schuhe schoben.

Offenbar begünstigten die speziellen Verhältnisse in Oberhessen eine solche Agitation bei den kleinen, oft verarmten und ungebildeten Bauern. Ein Wirtschaften auf Kredit war bei dieser strukturschwachen Landwirtschaft sehr riskant, ganz gleich, ob das Darlehen bei einer Genossenschaftsbank oder bei einem Juden aufgenommen wurde. Nicht zufällig gerieten auch immer wieder christliche Kaufleute auf die "Güterschlächterlisten", die Böckel als demagogisches Kampfmittel aufstellte. Gleichwohl fand Böckel bei der ländlichen Bevölkerung Oberhessens großen Anklang, die ihn auch in den Reichstag wählte, wobei sie wohl nicht nur seine antisemitische Agitation, sondern auch sein Eintreten für das Genossenschaftswesen und die berufsständischen Belange der Landwirtschaft honorierte. Auch in den Wahlkreisen Alsfeld, Gießen,Eschwege, Fritzlar und Hersfeld wurden zeitweise schon um 1900 Antisemiten in den Reichstag gewählt. Der Widerstand der Behörden sowie liberaler und sozialdemokratischer Politiker gegen die antisemitischen Bestrebungen verhinderte vor 1914, daß Schlimmeres geschah.

Jedem deutschen Mann, der das Treiben der Juden erkannt hat, empfehlen wir aufs dringendste das Abonnement des zweimal wöchentlich erscheinenden

Reichs-Herold.

Herausgeber:

Reichstagabg. Dr. Otto Böckel.

Der „Reichs-Herold" ist das Organ der deutsch-nationalen antisemitischen Volkspartei, welche am 21. Februar 1887 im Wahlkreise Marburg glänzend gesiegt hat.

Der „Reichs-Herold" steht treu zu Kaiser und Reich.

Der „Reichs-Herold" vertritt in der Politik die Rechte und Freiheiten des Volkes, Rede- und Versammlungsfreiheit, freie Volkswahl zu allen Parlamenten und politischen Körperschaften.

Der „Reichs-Herold" vertritt die Idee der religiösen Toleranz und Denkfreiheit, bekämpft die Kulturkämpferei und das Pharisäerthum in allen Gestalten.

Der „Reichs-Herold" steht auf dem Boden der sozialen Reform, die von oben und unten in Angriff genommen werden muß. Bekämpfung des unheilvollen Einflusses der Börse und der Staatsverschuldungen, progressive Einkommensteuer, Organisation des Handwerker- und Gewerbestandes, Regulierung des Kreditwesens zu Gunsten der produktiven Stände, Bekämpfung des Schwindels und des Wuchers auf allen Gebieten, Entlastung des bäuerlichen Grundbesitzes von Steuern und Abgaben, Bekämpfung des Zwischenhandels durch Schaffung volksthümlicher Genossenschaften und Institute — alles dies ist das soziale Programm des „Reichs-Herold"; dem Arbeiter eine geregelte Fabrik- und Arbeitergesetzgebung, dem Handwerker und Geschäftsmann Schutz vor der Schmutzkonkurrenz, den Bauern Kassen, Absatzgenossenschaften und Entlastung von bureaukratischer Maßregelung und Steuern — dies erstrebt der „Reichs-Herold".

Deutsches Recht im Deutschen Staate erstrebt der „Reichs-Herold".

Deutschland den Deutschen, für die Juden eine Fremden-Gesetzgebung, Aufhebung der Judenemanzipation, mit dieser Forderung ist das dem Volkswohle dienende Programm des „Reichs-Herold" abgeschlossen.

Wer gediegene Original-Aufsätze lesen, über Partei-Nachrichten unterrichtet sein, in Rechtssachen Auskunft erhalten will, der abonniere und lese den „Reichs-Herold".

Abonnements nehmen alle Postanstalten und Briefträger zum Preise von Mark 1,75 frei ins Haus entgegen.

Parteigenossen, abonnirt und verbreitet den „Reichs-Herold".

Werbung des Marburger Bibliothekars und Reichstagsabgeordneten Otto Böckel für die antisemitische Zeitschrift "Reichsherold" (Staatsarchiv Marburg)

Tafel 18: Illustration zum "Kehraus", Antisemitischer Volkskalender, Marburg 1892 (StA Marburg) - Auszug aus "Die Quintessenz der Judenfrage" von Otto Böckel, Marburg 1889 - Wahlplakat zur Reichstagswahl 1893 (StadtA Mainz) - Werbeanzeige für den "Reichsherold", die politische Zeitschrift Otto Böckels (o.J., StA Marburg) - Antijüdische Karikatur aus der Zeitschrift "Reichsgeldmonopol" vom 21.11.1885 - Bericht über den Antisemitenkongreß in Kassel vom 13.-15. Juni 1886 ("Reichsgeldmonopol" vom 19.6.1886) - "Auszug der Juden aus Deutschland", antijüdische Karikatur (Bundesarchiv)

19 1. Weltkrieg und Weimarer Republik

Zahlreiche Gefallenendenkmäler in Hessen erinnern heute noch an den Kriegseinsatz der einheimischen Juden im 1. Weltkrieg. Gleichwohl mußten sich die deutschen Juden nach 1918 gegen heftige Angriffe der nationalen Rechten wehren, sie hätten sich im Krieg nicht genügend eingesetzt. In der vergifteten innenpolitischen Atmosphäre der Weimarer Republik gehörten neben den Sozialdemokraten auch die Juden zu jenen,die man zu Wehrkraftzersetzern und "Novemberverbrechern" stempelte; angeblich seien sie dem kämpfenden Heer 1918 in den Rücken gefallen und hätten dadurch die deutsche Niederlage verschuldet, wie dies die "Dolchstoßlegende" gegen besseres Wissen behauptete. Gegen den Vorwurf mangelnder Kriegsbeteiligung setzte sich der Verband jüdischer Frontkämpfer mit einem Gedenkbuch zur Wehr, in dem alle jüdischen Gefallenen des 1. Weltkrieges aufgeführt waren.

Nach dem 1. Weltkrieg strömten Zehntausende von Ostjuden nach Deutschland und namentlich auch nach Hessen. Die Ankunft dieser meist armen Flüchtlinge bedeutete für die einheimischen Juden nicht nur eine große soziale Aufgabe, sondern verschärfte auch die Spannungen mit jenem Teil der nichtjüdischen Bevölkerung, der antisemitisch eingestellt war.

Gegen die Flut des Hasses, der nicht nur von den Nationalsozialisten, sondern schon vorher von anderen Parteien (z.B. der Deutschnationalen Volkspartei) und rechten Verbänden (wie z.B. dem Stahlhelm) ausging, suchten sich viele Juden dadurch zu wehren, daß sie demokratische Parteien wählten und finanziell unterstützten. In der demokratischen Presse, in der SPD und vor allem in der DDP

An unsere israelitischen Mitbürger in Stadt und Land!

Es unterliegt keinem Zweifel, die wirtschaftlichen Nöte der israelitischen Bevölkerung in Stadt und Land sind in vieler Hinsicht größer, als die unserer andern Mitbürger. Die Inflation hat auf sie besonders zerstörend eingewirkt, auf dem Lande wird den Juden durch die Hetzereien des Landbundes, durch Genossenschaften und Konsumvereine ihre Existenz erschwert oder unmöglich gemacht, in der Stadt ist es nicht besser, zahlreiche Kreise der Großindustrie, der Großbanken usw. lehnen die Aufnahme israelitischer Angestellten ab, in den akademischen Kreisen erschweren die sogenannten Völkischen den jüdischen Kollegen das Leben, wohin wir sehen, trübe Aussichten und Erschwerungen des Daseins. Dazu kommt die immer drohender werdende Hetze der Nationalsozialisten und der verwandten Parteien. Wir müssen uns mehr denn je unserer Haut wehren, wirtschaftlich und politisch und das kann nur mit dem Stimmzettel geschehen.

Jeder israelitische Wähler, der bei den bevorstehenden Wahlen sein Stimmrecht nicht ausübt, versündigt sich an seinen und seiner Mitbürger Interessen.

Aber welche Partei sollen wir wählen?

Alle offen oder versteckt antisemitischen Parteien, **mithin alle Rechtsparteien, kommen für uns nicht in Betracht,** auch die deutsche Volkspartei ist fast durchweg reaktionär und in Punkto Antisemitismus mindestens nicht zuverlässig. Die Sozialdemokraten traten wohl für uns ein, nicht unseretwegen, sondern weil ihr Parteiprogramm gegen jede Ungerechtigkeit ist. Aber in wirtschaftlicher Hinsicht müssen wir sie bekämpfen, weil sie Gegner unseres jetzigen Wirtschaftlebens sind, auf dem unsere Existenz beruht. Die einzige Partei, welche rückhaltlos für uns eintritt und immer eingetreten ist, ist die

Deutsche Demokratische Partei.

Ihr muß jede Stimme der israelitischen Wähler zufallen.

Was wir von all den anderen Parteien und auch von unserer Regierung in Darmstadt zu erwarten haben, zeigt zur Genüge die Behandlung, die dem Antrag des israelitischen Gemeindeverbandes zuteil wird, der die Gleichstellung der Israeliten Hessens mit den anderen Konfessionen hinsichtlich der Subventionierungen verlangte.

Wir bitten Sie daher dringend, nicht nur selbst Ihr Wahlrecht auszuüben, auch Ihre wahlberechtigten Angehörigen dazu zu veranlassen

sondern auch andere säumige Wähler aufzurütteln.

Wenn alle israelitischen Wähler und Wählerinnen ihre Pflicht tun, kann dies evtl. für die Wahl eines Abgeordneten den Ausschlag geben.

Auf! israelitische Mitbürger, zur Wahl! und gebt Eure Stimme ohne Ausnahme

der Liste No. 6

der Deutschen Demokratischen Partei.

Zahlreiche israelitische Wähler in Stadt und Land.

Israelitische Wähler aus Mainz werben bei den Reichstagswahlen im Jahr 1928 für die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (Stadtarchiv Mainz)

(Deutsche Demokratische Partei) waren viele Juden tätig, ohne jedoch - wie ihre Gegner behaupteten - dominierend zu sein. Gleichwohl suchten Demagogen der nationalen Rechten die Weimarer Republik als "Judenrepublik" zu diffamieren.

Wie sehr freilich das Schicksal der jüdischen Bevölkerung mit der jungen deutschen Demokratie verbunden war, zeigte sich in der Endphase der Weimarer Republik. In der Agitation Hitlers spielte der Antisemitismus schon von Anfang an eine zentrale Rolle. Bereits in "Mein Kampf" (1925) erklärte er, es sei ihm gelungen, "die Judenfrage aus dem engbegrenzten Kreis oberer und kleinbürgerlicher Schichten herauszuheben" und "dem deutschen Volk in dieser Frage den großen einigenden Kampfgedanken zu schenken". In der großen Not der Weltwirtschaftskrise liefen Hitler die Wähler vor allem der Mittelschichten in hellen Scharen zu; in Hessen konnte die NSDAP bei den Reichstagswahlen des Jahres 1932 mit 44,1% und 41,5% Ergebnisse erzielen, die erheblich über dem Reichsdurchschnitt (37,4% bzw. 33,1%) lagen. In diesen Wahlerfolgen der NSDAP kam zum Ausdruck, daß der Antisemitismus für viele Mittelständler und Kleinbürger zu einem Schlüssel zur Erklärung der sozialen und politischen Strukturkrise geworden war. Der Hoffnung auf einen "starken Mann", der die Probleme kraft seiner Autorität lösen sollte, wurden Toleranz und Rechtsstaatlichkeit geopfert.

Tafel 19: Kaiser Wilhelm II. überreicht dem jüdischen Vizefeldwebel Karl Neuhof aus Friedberg das Eiserne Kreuz (StadtA Friedberg)- "Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914-1918 (ein Gedenkbuch, hrsg. vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, 1932, Titelblatt) - Dankschreiben des Reichspräsidenten von Hindenburg an den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten vom 3.1o. 1932 (StadtA Frankfurt) - Jüdische Kriegsteilnehmer marschieren anläßlich einer Totengedenkfeier durch Friedberg (StadtA Friedberg) - Aufruf zur Unterstützung ostjüdischer Flüchtlinge, o.J. (StadtA Frankfurt) - Aufforderung jüdischer Wähler an ihre Mitbürger, bei der Reichstagswahl 1928 die Deutsche Demokratische Partei zu wählen (StadtA Mainz) - Gegen Judenfeinde und gegen Zionisten (Aufruf des Verbandes nationaldeutscher Juden zu den Reichstagswahlen vom 31.7.1932 (Bundesarchiv) - Schreiben des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens an den Frankfurter Oberbürgermeister vom 21.2.1929 betr. Entfernung nationalsozialistischer Hetzplakate (StadtA Frankfurt) - Deutschlands Schatten, antisemitisches Plakat o.J. (Bundesarchiv) - "Die Nutznießer des deutschen Todesfriedens", antisemitisches Plakat o.J. (StadtA Frankfurt) - Auszug aus dem Programm der NSDAP 192o/1928 (StadtA Mainz)

Verfolgung unter der NS-Diktatur 1933–1945

Die Machtergreifung Hitlers am 3o. Januar 1933 bedeutete nicht nur das Ende von Rechtsstaat und Demokratie, sondern auch den Beginn einer in dieser Brutalität bisher nicht erlebten Verfolgung der deutschen und - seit 1939 - auch der europäischen Juden. Hatten andere Antisemiten des 19. und 2o. Jhs. den Juden vorgeworfen, sie bemühten sich zu wenig,"richtige" Deutsche zu werden, so lehnte Hitler auf Grund seiner rassistischen Vorstellungen jede Eingliederung der Juden ab. Statt dessen verlangte er schon zu Beginn seiner politischen Tätigkeit 192o ihre "Entfernung" aus Deutschland. Wenige Jahre später empfahl er bereits in "Mein Kampf" in kaum verhüllter Form Maßnahmen zur Ausrottung der Juden. Als er im Jahr 1941 die "Endlösung" - nämlich die massenhafte Ermordung von Millionen deutscher und europäischer Juden - beschloß, tat er dies keineswegs spontan, sondern verwirklichte nur seine seit langem gehegten Pläne zur Vernichtung der jüdischen Bevölkerung.

Um weit über hunderttausend deutscher Juden verschleppen und ermorden lassen zu können, mußte freilich die Isolierung der Juden und die Gewöhnung der deutschen Bevölkerung an den Terror so weit fortgeschritten sein, daß eine Deportation so vieler Menschen ohne eine beunruhigende Reaktion der übrigen Bevölkerung erfolgen konnte. Daher hatte sich die nationalsozialistische Regierung nach der "Machtergreifung" am 3o. Januar 1933 zunächst darauf beschränken müssen, zwei andere Ziele zu verfolgen: Einmal wurde die Auswanderung der Juden aus Deutschland teils gefördert, teils durch vielfältigen Druck erzwungen, zum anderen wurde den verbleibenden Juden durch diskriminierende Gesetze und Verordnungen ein unterprivilegierter Status am Rande der "Volksgemeinschaft" zugewiesen.

20 Der Boykott vom 1. April 1933

Schon wenige Wochen nach der "Machtergreifung" begann der Terror gegen Juden. SA-Trupps gingen an vielen Orten gegen Juden vor, mißhandelten sie und nahmen sie vorübergehend in "Schutzhaft". Die erste große zentrale Aktion gegen Juden war der Boykott jüdischer Geschäfte, Arztpraxen und Anwaltsbüros vom 1. April 1933. Er wurde von der Reichsleitung der NSDAP offiziell als "Abwehrmaßnahme gegen die Greuelpropaganda" ausgerufen, die jüdische Organisationen im Ausland gegen die nationalsozialistische Regierung entfacht hätten. Richtig daran war, daß in der Tat Juden in den USA, in England und in anderen europäischen Staaten auf die Gewalttaten und Schikanen gegen die deutschen Juden in der Öffentlichkeit hingewiesen hatten. Der Boykott vom 1. April 1933 war freilich nicht nur an die Adresse des Auslands gerichtet, um vor etwaigen deutschfeindlichen Aktionen zu warnen; er sollte zugleich den betroffenen jüdischen Geschäftsleuten, Ärzten, Rechtsanwälten usw. demonstrativ zeigen, daß sie in Deutschland unerwünscht seien.

Um nicht zu harte Kritik im Ausland hervorzurufen, sollte die SA streng diszipliniert vorgehen; sie sollte lediglich den Zugang zu jüdischen Geschäften blockieren und keinesfalls körperliche Gewalt anwenden. Auch das Plündern war an diesem Tag streng verboten.

Dennoch waren die psychologischen Konsequenzen dieser Aktion für die deutschen Juden hart genug: Ihnen war deutlich gemacht worden, daß sie im Grunde in Deutschland unerwünscht seien. Zugleich war ihren deutschen Kunden klar gemacht worden, daß ein weiteres Aufrechterhalten ihrer geschäftlichen Beziehungen zu Juden nicht im Sinne der nationalen Regierung sei.

Was von der nationalsozialistischen Regierung zu erwarten war, zeigten auch die öffentlichen Bücherverbrennungen, die vor allem in Universitätsstädten im Mai 1933 stattfanden. Sie richteten sich gegen "undeutsche" - d.h. gegen kommunistische, demokratische, weltbürgerliche und insbesondere jüdische - Schriftsteller. Darin kam der Haß zum Ausdruck, den das neue Regime nicht nur gegenüber Juden,

„Jugend und Gemeinde" am Schluss der Nummer

FRANKFURTER ISRAELITISCHES GEMEINDEBLATT

Amtliches Organ der Israelitischen Gemeinde

Das Gemeindeblatt erscheint monatl. und wird den Gemeindemitgliedern unentgeltl. durch die Post zugestellt. — Preis der Einzelnummer 50 Pfg. — Schriftleitung: Gemeindehaus, Fahrg. 146. Fernspr.: Sammel-Nr. H. 27544. — Postscheckk.: Frankfurt a. M. 33521. — Anzeigenverwaltung: M. Isaac & Co., Hölderlinstr. 3. Fernspr. 44868 u. 44888. — Anzeigen n. Tarif. — Anzeigenschluß f. d. nächste Nr.: 30. April. Die Schriftleitung übernimmt für den Inhalt des Gemeindeblattes nur die preßgesetzl. Verantwortung. Nachdr. nur mit Erlaubnis gest.

11. Jahrgang | **Frankfurt a. M., April 1933** | **Nr. 8**

An die Gemeindemitglieder

In dieser schweren Zeit ist es uns ein tiefes Bedürfnis, ein Wort an unsere Gemeinde zu richten. Jeder darf überzeugt sein, dass wir mit unserer ganzen Kraft bemüht sind, in Verbindung mit den anderen Gemeinden Deutschlands für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der deutschen Juden einzutreten, den in Not Geratenen beizustehen und den Fortbestand unserer Gemeinde zu sichern.

Nichts kann uns die tausendjährige Verbundenheit mit unserer deutschen Heimat rauben, keine Not und Gefahr kann uns dem von unseren Vätern ererbten Glauben abspenstig machen. In Besonnenheit und Würde wollen wir für unsere Sache einstehen.

Wenn keine Stimme sich für uns erhebt, so mögen die Steine dieser Stadt für uns zeugen, die ihren Aufschwung zu einem guten Teil jüdischer Leistung verdankt, in der so viele Einrichtungen vom Gemeinsinn der Juden künden, in der aber auch das Verhältnis zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bürgern stets besonders eng gewesen ist.

Verzagt nicht! Schliesst die Reihen! Kein ehrenhafter Jude darf in dieser Zeit fahnenflüchtig werden. Helft uns, das Vätererbe zu bewahren, und wenn die Not der Zeit den Einzelnen hart anfasst, so gedenkt der Worte, die wir am bevorstehenden Pessachfest, dem Fest der Befreiung, von alters her sprechen: „Von Geschlecht zu Geschlecht sind sie gegen uns aufgestanden, uns zu vernichten. Aber der Heilige, gelobt sei Er, hat uns aus ihrer Hand errettet."

Frankfurt a. M., 30. März 1933

Vorstand der Israelitischen Gemeinde

Erklärung der Reichsvertretung der deutschen Juden

Die Reichsvertretung der deutschen Juden und der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin haben am 29. März an den Herrn Reichspräsidenten, den Herrn Reichskanzler, die Herren Reichsminister und den Herrn Polizeipräsidenten von Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

„Die deutschen Juden sind tief erschüttert von dem Boykottaufruf der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Wegen der Verfehlung einiger Weniger, für die wir nie und nimmer Verantwortung tragen, soll uns deutschen Juden, die sich mit allen Fasern der deutschen Heimat verbunden fühlen, wirtschaftlicher Untergang bereitet werden.

In allen vaterländischen Kriegen haben deutsche Juden in dieser Verbundenheit Blutopfer gebracht. Im Großen Kriege haben von 500 000 deutschen Juden 12 000 ihr Leben hingegeben. Auf dem Gebiet friedlicher Arbeit haben wir mit allen unseren Kräften unsere Pflicht getan.

Den Greuel- und Boykott-Feldzug im Auslande haben die jüdischen Organisationen Deutschlands mit äußerster Anstrengung und erfolgreich bekämpft. Sie haben hierfür alles getan, was in ihrer Kraft steht, und werden es weiter tun.

Trotzdem sollen jetzt die deutschen Juden, als die angeblich Schuldigen, zugrunde gerichtet werden.

Wir rufen dem deutschen Volk, dem Gerechtigkeit stets höchste Tugend war, zu:

Der Vorwurf, unser Volk geschädigt zu haben, berührt aufs tiefste unsere Ehre. Um der Wahrheit willen und um unserer Ehre willen erheben wir feierlichst Verwahrung gegen diese Anklagen. Wir vertrauen auf den Herrn Reichspräsidenten und auf die Reichsregierung, daß sie uns Recht und Lebensmöglichkeit in unserem deutschen Vaterlande nicht nehmen lassen werden. Wir wiederholen in dieser Stunde das Bekenntnis unserer Zugehörigkeit zum deutschen Volk, an dessen Erneuerung und Aufstieg mitzuarbeiten unsere heiligste Pflicht, unser Recht und unser sehnlichster Wunsch ist.

Berlin, den 29. März 1933.

Die Reichsvertretung der deutschen Juden.

Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin."

sondern auch gegenüber Intellektuellen überhaupt hegte.

Tafel 2o: Zuschauer vor einem boykottierten jüdischen Geschäft in Frankfurt (StadtA Frankfurt) - Boykottaufruf einer Friedberger Tageszeitung zum 1.4.1933 - SA-Posten vor einem boykottierten jüdischen Geschäft in Frankfurt (StadtA Frankfurt) - Boykottaufruf (Plakat, Bundesarchiv) - Regieanweisung des Regierungspräsidenten in Kassel vom 3o.3.1933 (StA Marburg) - Richtlinien der Komitees zum Boykott gegen die Juden (Hess. HStA) - Bekenntnis Albert Einsteins vom März 1933 (Selbstzeugnisse des deutschen Judentums S. 45) - Jüdische Stellungnahmen zum Boykott jüdischer Geschäfte (StadtA Frankfurt) - NS-Zeitungsbericht über die Bücherverbrennung auf dem Römerberg in Frankfurt (ebd.)

21 Erste Berufsbeschränkungen

In taktisch geschickter Weise beschränkten sich die ersten judenfeindlichen Gesetze des Kabinetts Hitler vom Frühjahr 1933 im wesentlichen darauf, Juden weitgehend aus dem öffentlichen Dienst und einigen freien Berufen zu entfernen und die Zahl der jüdischen Studenten und höheren Schüler zu begrenzen. Damit entsprach die Regierung einem auch in bürgerlichen Kreisen oft geäußerten Wunsch, den Einfluß der Juden in bestimmten Berufen - wie z.B. dem Rechtsanwaltsstand - zu beschränken.

In weiten Bereichen des Wirtschaftslebens waren jüdische Betriebe bis 1938 offiziell zugelassen. Wegen der Devisenknappheit des "Dritten Reiches" war das Fortbestehen exportorientierter jüdischer Betriebe sogar erwünscht. Jüdische Geschäftsleute und Angestellte mußten allerdings feststellen, daß sie im Alltag zahllosen Schikanen ausgesetzt waren. Immer wieder wurde auf "arische" Kunden Druck ausgeübt, nicht bei Juden zu kaufen. Jüdische Angestellte in "deutschen" Geschäften wurden - oft auf Druck von Parteistellen - fristlos entlassen.

Außerdem hatten die Juden immer wieder unter Anpöbeleien, Mißhandlungen und willkürlichen Inhaftierungen zu leiden. Viele Juden wanderten daher schon im Jahr 1933 aus; unter ihnen befanden sich vor allem jüngere Juden, die eher hoffen konnten, daß es ihnen gelingen würde, sich im Ausland eine neue Existenz aufzubauen. Andere Juden wollten Deutschland, das sie als ihre Heimat betrachteten, nicht verlassen. Sie hofften, daß sich die Verhält-

Reichsgesetzblatt

Teil I

1933	Ausgegeben zu Berlin, den 7. April 1933	Nr. 34

Inhalt: Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Vom 7. April 1933 ..... S. 175

Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Vom 7. April 1933.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Zur Wiederherstellung eines nationalen Berufsbeamtentums und zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen aus dem Amt entlassen werden, auch wenn die nach dem geltenden Recht hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen.

(2) Als Beamte im Sinne dieses Gesetzes gelten unmittelbare und mittelbare Beamte des Reichs, unmittelbare und mittelbare Beamte der Länder und Beamte der Gemeinden und Gemeindeverbände, Beamte von Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie diesen gleichgestellten Einrichtungen und Unternehmungen (Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen vom 6. Oktober 1931 — Reichsgesetzbl. I S. 537 —, Dritter Teil Kapitel V Abschnitt I § 15 Abs. 1). Die Vorschriften finden auch Anwendung auf Bedienstete der Träger der Sozialversicherung, welche die Rechte und Pflichten der Beamten haben.

(3) Beamte im Sinne dieses Gesetzes sind auch Beamte im einstweiligen Ruhestand.

(4) Die Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft werden ermächtigt, entsprechende Anordnungen zu treffen.

§ 2

(1) Beamte, die seit dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten sind, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung zu besitzen, sind aus dem Dienste zu entlassen. Auf die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung werden ihnen ihre bisherigen Bezüge belassen.

(2) Ein Anspruch auf Wartegeld, Ruhegeld oder Hinterbliebenenversorgung und auf Weiterführung der Amtsbezeichnung, des Titels, der Dienstkleidung und der Dienstabzeichen steht ihnen nicht zu.

(3) Im Falle der Bedürftigkeit kann ihnen, besonders wenn sie für mittellose Angehörige sorgen, eine jederzeit widerrufliche Rente bis zu einem Drittel des jeweiligen Grundgehalts der von ihnen zuletzt bekleideten Stelle bewilligt werden; eine Nachversicherung nach Maßgabe der reichsgesetzlichen Sozialversicherung findet nicht statt.

(4) Die Vorschriften der Abs. 2 und 3 finden auf Personen der im Abs. 1 bezeichneten Art, die bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Ruhestand getreten sind, entsprechende Anwendung.

§ 3

(1) Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand (§§ 8 ff.) zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen.

(2) Abs. 1 gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind. Weitere Ausnahmen können der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachminister oder die obersten Landesbehörden für Beamte im Ausland zulassen.

§ 4

Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden. Auf die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung werden ihnen ihre bisherigen Bezüge belassen. Von dieser Zeit an erhalten sie drei Viertel des Ruhegeldes (§ 8) und entsprechende Hinterbliebenenversorgung.

§ 5

(1) Jeder Beamte muß sich die Versetzung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn, auch in ein solches von geringerem Rang und planmäßigem Diensteinkommen — unter Vergütung der vorschriftsmäßigen Umzugskosten — gefallen lassen, wenn es das dienstliche Bedürfnis erfordert. Bei Versetzung in ein Amt von geringerem Rang und planmäßigem Diensteinkommen behält der Beamte seine bisherige Amtsbezeichnung und das Diensteinkommen der bisherigen Stelle.

(Vierzehnter Tag nach Ablauf des Ausgabetags: 21. April 1933)

Berufsverbote für Demokraten und Juden (1933), RGBl. I, S. 175

nisse irgendwie normalisieren würden und sie hier leben bleiben dürften - wenn auch mit eingeschränkten Rechten, wie dies schon in früheren Jahrhunderten der Fall gewesen war.

Tafel 21: Schmierereien an einem jüdischen Geschäft in Frankfurt (StadtA Frankfurt) - Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 (RGBl. S. 175) - Die jüdischen Beamten und Angestellten der Stadt Frankfurt werden entlassen (Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933 - 1945, S. 65) - Anprangerung "arischer" Kunden, die in jüdischen Geschäften kaufen (Bundesarchiv) - Diskriminierung jüdischer Händler auf oberhessischen Märkten 1935 - 1936 (StadtA Gießen) - Antijüdische Hetze der Zeitschrift der Landesbauernschaft Hessen-Nassau 1935 - Die Frankfurter Wirtschaft leidet unter den Maßnahmen gegen die Juden (Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933 - 1945, S. 178) - Klage Gauleiter Sprengers über negative Folgen der antijüdischen Maßnahmen für die Frankfurter Wirtschaft und Kultur (StadtA Frankfurt) - Nachforschungen nach drei nichtjüdischen Landwirten, die ein gutes Wort für einen jüdischen Viehhändler eingelegt hatten (ebd.) - Noch immer verkaufen zahlreiche Landwirte ihr Vieh an jüdische Händler ... (StA Marburg) - Anschriftenverzeichnis der Wiesbadener Juden (Jüd. Gemeinde Wiesbaden)

22 Vorbereitung auf die Emigration

Die jüdische Bevölkerung reagierte auf die nationalsozialistische Verfolgung mit einer lebhaften Diskussion über ihre politische Lage und mit starker gegenseitiger Hilfsbereitschaft. Alle jüdischen Aktivitäten standen jedoch unter der strengen Aufsicht der Gestapo, die die jüdischen Initiativen vorwiegend aus taktischen Gründen tolerierte. Es gab vielfältige Rede- und Versammlungsverbote, denen zuerst die "assimilatorischen" - d.h. auf Ausgleich zwischen den deutschen Juden und Nichtjuden bedachten - Vereinigungen zum Opfer fielen. Dagegen duldete die Gestapo die zionistischen Organisationen, weil diese die Auswanderung aus Deutschland förderten. Jüdische Sportveranstaltungen wurden vor der Berliner Olympiade in Berlin 1936 sogar gern gesehen, um die Durchführung der Olympiade in Berlin nicht zu gefährden, danach aber verboten.

Hauptziel vieler jüdischer Organisationen war die Hilfe bei der Auswanderung. Jeder Auswanderer mußte nicht nur einen umfangreichen Papierkrieg bewältigen und hohe Abgaben an den NS-Staat zahlen ("Reichsfluchtsteuer"); viele ausländische Staaten forderten

als Vermögensnachweis auch ein "Vorzeigegeld" oder nahmen nur Juden mit bestimmten Berufen auf. Die Umschulung insbesondere junger Juden auf handwerkliche oder landwirtschaftliche Berufe war eine der wichtigsten Aufgaben jüdischer Organisationen. So wurden in der Frankfurter "Grundlehre" gleichzeitig 2oo jüdische Jugendliche zu Schlossern, Mechanikern, Schreinern und Gärtnern ausgebildet. Neben den praktischen Fächern kam die allgemeine Bildung nicht zu kurz. Die Schüler (2/3 Jungen und 1/3 Mädchen) lernten Hebräisch, Deutsch und Englisch und wurden in Gemeinschaftskunde und jüdischer Geschichte unterrichtet.

Tafel 22: Appell an jüdische Hilfsbereitschaft (Bundesarchiv) - Jüdische Grundlehre in Frankfurt (StadtA Frankfurt) - Vor der Auswanderung: Jüdischer Lehrer auf dem Friedhof in Alsbach (Sammlung Arnsberg) - Aufruf zur Unterstützung des Aufbauwerks in Palästina (StadtA Frankfurt) - Handwerk und Landwirtschaft werden Berufsziel (Frankfurter Israelitisches Gemeindeblatt vom April 1936) - Erlaß der Gestapo Wiesbaden vom 17.8.1935 über die sportliche Betätigung von Juden (Hess. HStA) - Erlaß der Gestapo Kassel vom 1o.4.1937 über das Verbot jüdischer Veranstaltungen (StA Marburg) - Anzeige des "Israelitischen Familienblatts"(Sammlung Bodenheimer)

23 Die Nürnberger Gesetze 1935

Mit den Nürnberger Gesetzen vom 15. September 1935 erreichte die Verfolgung der Juden einen neuen Höhepunkt. Hitler verkündete an diesem Tage auf dem Reichsparteitag in Nürnberg ein neues Reichsbürgergesetz, das künftig nur "Deutschblütigen" das Reichsbürgerrecht und die vollen politischen Rechte zuerkannte. Gleichzeitig proklamierte er das "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre", das Juden verbot, Mischehen mit "deutschblütigen" Partnern einzugehen und u.a. auch den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen "Ariern" und Juden unter Strafe stellte. Dieses aus dem nationalsozialistischen Rassismus geborene Gesetz zerstörte die engen persönlichen Bindungen, die zwischen vielen Deutschen und Juden bestanden. Vorbereitet wurden diese Maßnahmen durch antijüdische Hetzkampagnen, die namentlich der von Gauleiter Julius Streicher herausgegebene "Stürmer" anheizte.

Die Juden wurden dort als verderbtes und verbrecherisches Volk dargestellt; trotz der Geschmacklosigkeit und Verlogenheit, mit der die NS-Presse die Angriffe gegen die Juden vortrug, glaubten viele Deutsche dieser Propaganda, zumal diese auf alten antisemitischen Vorurteilen aufbaute. Durch harte Urteile in "Rassenschandeprozessen" trugen auch die Gerichte dazu bei, Beziehungen zwischen Deutschen und Juden als schweres Verbrechen darzustellen. So verhängten die Strafkammern des Frankfurter Landgerichts seit 1937 für "Rassenschande" überwiegend mehrjährige Zuchthausstrafen.

Auch das jüdische Leben im Alltag war seit 1935 durch immer stärkere Diskriminierungen gekennzeichnet. Immer mehr Geschäfte verkauften keine Waren mehr an Juden; Hotels und Pensionen nahmen keine jüdischen Gäste mehr auf. Die NSDAP ließ sich z.B. auch von Krankenkassen melden, welche "Arier" sich noch von jüdischen Ärzten behandeln ließen. Juden konnten fast nur noch in jüdischen Betrieben arbeiten, in jüdischen Geschäften kaufen und in jüdischen Hotels wohnen; sie wurden dadurch immer stärker von der übrigen Bevölkerung isoliert. Am schwierigsten hatten es die Juden in zahlreichen hessischen Kleinstädten und Landgemeinden. Wenn sie dort angepöbelt oder schikaniert wurden, blieb ihnen nur die Emigration oder der Umzug in eine Großstadt. Die Situation war freilich unterschiedlich: In manchen hessischen Gemeinden konnten Juden bis zum Novemberpogrom 1938 in leidlichem Einvernehmen mit der Masse der übrigen Bevölkerung wohnen, in anderen Orten - wie z.B. in Gladenbach - häuften sich die Terroraktionen derart, daß die Juden schon frühzeitig den Ort verließen. Im ganzen verloren die jüdischen Landgemeinden in der preußischen Provinz Hessen-Nassau schon bis zum Jahr 1937 rund 45% ihrer jüdischen Bewohner.

Tafel 23: Beispiele für die antijüdische Hetze im "Stürmer" (Bundesarchiv) - Reichsbürgergesetz vom 15.9.1935 (RGBl. S. 1146) - Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15.9.1935 (RGBl. S. 1146) - Rassenschandeurteil des Landgerichts Frankfurt vom 14.1o.1937 (Noam/Kropat, Juden vor Gericht, S. 15o) - Behandlung von jüdischen Gästen in deutschen Kurorten (Hess. HStA) - Denunziation nichtjüdischer Patienten, die einen jüdischen Arzt aufgesucht hatten (Hess. HStA) - "Juden haben keinen Zutritt" (Kreisbildstelle Hanau)

Reichsbürgergesetz.

Vom 15. September 1935.

Der Reichstag hat einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.

(2) Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.

§ 2

(1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen.

(2) Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben.

(3) Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.

§ 3

Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Nürnberg, den 15. September 1935,
am Reichsparteitag der Freiheit.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

Die Nürnberger Gesetze vom 15.9.1935

oben: Das Reichsbürgergesetz machte die Juden zu Staatsbürgern zweiter Klasse

rechts: Das sogenannte "Blutschutzgesetz" stellte einen Höhepunkt der rassischen Diskriminierung der deutschen Juden dar

Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre.

Vom 15. September 1935.

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des Deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die Deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind.

(2) Die Nichtigkeitsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.

§ 2

Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.

§ 3

Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.

§ 4

(1) Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten.

(2) Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet. Die Ausübung dieser Befugnis steht unter staatlichem Schutz.

§ 5

(1) Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.

(2) Der Mann, der dem Verbot des § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft.

(3) Wer den Bestimmungen der §§ 3 oder 4 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 6

Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem Reichsminister der Justiz die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

§ 7

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung, § 3 jedoch erst am 1. Januar 1936 in Kraft.

Nürnberg, den 15. September 1935,
am Reichsparteitag der Freiheit.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

24 Der Novemberpogrom 1938

Am 7. November 1938 hatte der Jude Grünspan auf Ernst vom Rath, einen Beamten der deutschen Botschaft in Paris, ein Attentat mit tödlichem Ausgang verübt. Dies war der Anlaß für die Scharfmacher innerhalb der NS-Führung - an der Spitze Goebbels - eine brutale "Vergeltungsaktion" gegenüber den deutschen Juden durchzuführen. Am Abend des 9. November hielt Goebbels in der schwülen Atmosphäre des Münchner Hofbräuhauses eine hetzerische Rede; die Zuhörer, vor allem höhere SA-Führer, eilten danach zu den Telefonen, um ihren Organisationen zu befehlen, gegen die Juden vorzugehen. Wo auch immer in Deutschland Juden wohnten, gingen in dieser Nacht Synagogen in Flammen auf, drangen SA-Trupps (zum Teil in Zivil) in jüdische Geschäfte und Wohnungen ein. Sie zerstörten das Mobiliar, prügelten und verhafteten Juden, die zu Tausenden in Konzentrationslager verbracht wurden.

Nach außen hin hatte die NS-Regierung diese Terroraktion als das Werk einer spontanen Volkserhebung dargestellt. In Wirklichkeit handelte es sich um eine von oben befohlene SA-Aktion, die auch nach der Pogromnacht vom 9./1o. November noch fortgesetzt wurde. Zahlreiche Synagogen, die unzerstört geblieben waren, wurden in den folgenden Wochen von den kommunalen Bauämtern abgerissen. Den deutschen Juden wurde als "Strafe" für das - von ihnen nicht verschuldete - Attentat an Ernst vom Rath eine Zwangsabgabe von einer Milliarde Mark auferlegt. Die Finanzämter trieben diese riesige Summe ein, indem sie von jüdischen Privatpersonen eine Abgabe von 25% ihres Vermögens verlangten.

Tafel 24: Brennende Synagoge am Börneplatz in Frankfurt a.M. (StadtA Frankfurt), am Michelsberg in Wiesbaden (Jüd. Gemeinde Wiesbaden) und in Hanau (Kreisbildstelle Hanau) - Erlaß des Staatssicherheitsdienstes Berlin vom 1o.11.1938: Die Ordnungspolizei "begleitet" die Gewalttaten (StA Marburg) - Verlautbarung des NS-Gaudienstes Hessen-Nassau über die Vorgänge in Frankfurt (StadtA Frankfurt) - Passanten vor einem zerstörten jüdischen Geschäft in Kassel (Foto Eberth) - Zuschauer vor dem geplünderten jüdischen Gemeindehaus in Kassel (ebd.) - Die Synagoge wird abgerissen (Bericht einer Kasseler Tageszeitung vom 12.11.1938, StadtA Kassel) - Bericht des SS-Rottenführers

Abschrift.

Kopf ssb Berlin nr 4 1011 0630.

an alle

Der jüdische Mordüberfall in Paris hat spontane Demonstrationen und Aktionen gegen Juden, jüdischen Besitz und jüdische Synagogen im ganzen Deutschen Reich ausgelöst. Diese Demonstrationen und Aktionen sind verständlich und polizeilich nur nach ganz bestimmten Richtlinien zu überwachen bezw. einzuschreiten es wird befohlen:

1) Die Befehlsstellen der Ordnungspolizei setzen sich sofort ins Einvernehmen mit den zuständigen Sicherheitsorganen und in Verständigung mit den zuständigen Polizeiverwaltungsdienststellen und treten mit den zuständigen Parteidienststellen in Verbindung um genau darüber unterrichtet zu sein, wo solche Demonstrationen und Aktionen stattfinden.
2) Die Ordnungspolizei begleitet solche Demonstrationen und Aktionen nur mit schwachen Kräften in zivil um eventuell Plünderungen zu verhindern. Uniformierte Ordnungspolizei wird nur in äußerstem Notfalle eingesetzt. Verhaftungen nimmt nur die Sicherheitspolizei vor.
3) Die Polizeidienststellen haben sich sofort mit den Parteidienststellen in Verbindung zu setzen und dafür Sorge zu tragen, daß Brandlegungen unter allen Umständen unterbleiben.
4) Zerstörte offene Läden, Wohnungen, Synagogen und Geschäfte von Juden sind zu versiegeln, zu bewachen vor Plünderungen zu schützen.
5) Polizeiliche Verstärkungen sind soweit notwendig von der allgemeinen und aktiven SS gemäß Befehl des RFSS anzufordern.
6) Größere Demonstrationen dieser Art sind sofort an mich zu melden.

Der Chef der Ordnungspolizei
Sonderbefehlsstab O-Abs.-g.-[illegible]
gez: Daluege.

Verteiler: Reg.Präs. pp.

- - - - - - - -

Der Landrat. Rotenburg a/F., den 10.11.1938.

Geheim!

Abschrift übersende ich zur Kenn nis und weiteren Veranlassung. I.A.

An die
Herren Bürgermeister - o.V.i.A.-
in
Rotenburg, Bebra und Sontra sowie
die Gend.Inspektion, z.Hd.d.H.Hochler - o.V.i.A.-

Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

Vom 12. November 1938.

Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 887) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 — Reichsgesetzbl. I S. 1333) ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.

(2) Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen.

(3) Jüdische Gewerbebetriebe (Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 — Reichsgesetzbl. I S. 627), die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schließen.

§ 2

(1) Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 45) sein.

(2) Ist ein Jude als leitender Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, so kann ihm mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Mit Ablauf der Kündigungsfrist erlöschen alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Vertrage, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen.

§ 3

(1) Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein.

(2) Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum 31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich.

§ 4

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern die zu dieser Verordnung erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Er kann Ausnahmen zulassen, soweit diese infolge der Überführung eines jüdischen Gewerbebetriebes in nichtjüdischen Besitz, zur Liquidation jüdischer Gewerbebetriebe oder in besonderen Fällen zur Sicherstellung des Bedarfs erforderlich sind.

Berlin, den 12. November 1938.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Göring
Generalfeldmarschall

oben: Auf den Pogrom folgt die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Juden

links: Die Ordnungspolizei "begleitet" den Pogrom gegen die Juden in der Nacht vom 9./10.11.1938 (Staatsarchiv Marburg)

von Hofgeismar über die Aktion vom 9./1o.11.1938 (Hess. HStA) - Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit vom 12.11.1938 (RGBl. S. 1579) - Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben vom 12.11.1938 (RGBl. S. 1581)

25 Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft

Gleich auf den Pogrom vom 9./1o. November 1938 folgte die "Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben" vom 12. November 1938. Danach war es Juden ab 1. Januar 1939 untersagt, selbständig ein Geschäft oder einen Gewerbebetrieb zu betreiben. Juden durften auch nicht mehr als Betriebsführer oder als leitende Angestellte in Wirtschaftsunternehmen tätig sein. Damit gab es künftig keine jüdischen Wirtschaftsbetriebe mehr. Wenn Juden überhaupt noch einen Beruf ausüben durften, dann allenfalls als Arbeiter oder als kleine Angestellte in "arischen" Betrieben - sofern sie überhaupt eine Chance hatten, dort eingestellt zu werden.

Eine erneute große jüdische Auswanderungswelle war die Folge. Auch Tausenden hessischer Juden gelang es noch, ein Land zu finden, das sie aufnahm, ehe der Kriegsausbruch am 1. September 1939 die Emigration erschwerte und schließlich unmöglich machte.

In den Monaten vor und besonders nach Kriegsbeginn traf die NS-Regierung eine Vielzahl von Anordnungen, die tief in das jüdische Leben eingriffen. Jüdische Mieter, die bei "arischen" Hausbesitzern wohnten, genossen nur noch beschränkten Mieterschutz; diese Maßnahme erleichterte es den lokalen Parteiorganen, die Verfolgten in "jüdischen" Häusern zusammenzudrängen und von der übrigen Bevölkerung zu isolieren. Juden mußten in der Öffentlichkeit den "Judenstern" tragen, ihnen wurde der Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten und Ausstellungen verboten; sogar die Rundfunkgeräte wurden ihnen weggenommen. Später wurden ihnen Fleisch, Fisch, Weißbrot, Eier, Milch und Tabak nicht mehr zugeteilt; gleichwohl wurden auch ältere Juden zur Zwangsarbeit verpflichtet.

Deutsche!
Wehet Euch!
Kauft nicht bei Juden!



Jüdische Geschäfte wurden zum Opfer immer neuer NS-Aktionen - bis sie Ende 1938 ganz geschlossen wurden (Stadtarchiv Frankfurt/Bundesarchiv)

Tafel 25: Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12.11.1938 (RGBl. S. 1580) - Geschlossenes jüdisches Geschäft in Hanau (Kreisbildstelle Hanau) - Die Entjudung der Handwerkswirtschaft wird durchgeführt (Frankfurter Zeitung vom 26.4.1939) - Öffentliche Demütigung von Juden in Groß-Gerau (Sammlung Haas) - Erlaß der Gestapo Kassel vom 21. 9. 1939 betr. Wegnahme der Rundfunkgeräte von Juden (StA Marburg) - Schreiben der Kreisleitung Wetterau vom 12.2.1941 wegen Zusammenlegung jüdischer Wohnungen und Heranziehung von Juden zur Zwangsarbeit (StadtA Gießen) - Juden als Zwangsarbeiter beim Schneeschippen in der Hanauer Innenstadt (Kreisbildstelle Hanau) - NS-Hetzplakat gibt den Juden die Schuld am Ausbruch des 2. Weltkrieges (Bundesarchiv) - Kennzeichnung der Lebensmittelkarten für Juden mit einem großen "J" (Sammlung Bodenheimer) - Erlaß der NSDAP Hessen vom 30.8.1941; er ordnet an, daß die Versorgung der Juden mit Hausbrand ausgesetzt wird (Hess. HStA) - Ab 1.9.1941 mußten die Juden in der Öffentlichkeit den gelben "Judenstern" tragen (StadtA Frankfurt) - Erlaß der Gestapo Frankfurt vom 18.11.1941 droht Deutschen Schutzhaft an, die freundschaftliche Beziehungen zu Juden unterhalten (Hess. HStA)

26 Die Deportationen 1941–1943

Viele der behördlichen Maßnahmen zur Verfolgung und Unterdrückung der Juden waren im Reichsgesetzblatt bzw. in nationalsozialistischen Presseorganen abgedruckt und damit weiten Kreisen der Bevölkerung bekannt gemacht worden; auch die zahllosen Gewalttaten waren einer breiteren Öffentlichkeit nicht unbekannt geblieben. Gewiß waren nicht alle Deutsche mit diesen Willkürakten einverstanden, gleichwohl hatte die NS-Regierung alle diese Maßnahmen durchführen können, ohne daß in der nichtjüdischen Bevölkerung eine spürbare Beunruhigung zu verzeichnen gewesen wäre. Während die 1940/1941 durchgeführte Euthanasie von Geisteskranken auf so energische Proteste von Kirche und Bevölkerung stieß, daß das NS-Regime schließlich auf diese Form der Massenvernichtung verzichten mußte, ist die im Herbst 1941 beschlossene "Endlösung" - die Vernichtung der deutschen und europäischen Juden - durch keine Reaktion der übrigen deutschen Bevölkerung aufgehalten worden.

Auch als jetzt im Jahr 1942 Tausende von hessischen Juden morgens aus ihren Wohnungen geholt und auf den Großstadtbahnhöfen oder an der Viehrampe des Frankfurter Schlachthofs zusammengetrieben wurden, schien sich kaum einer der Nachbarn, der Polizisten und Eisen-

bahner zu fragen, in welcher Absicht und mit welchem Ziel die hessischen Juden nunmehr "in den Osten umgesiedelt" würden, wie es offiziell hieß. Nur eine kleine Anzahl der Deportierten überlebte, vor allem in dem KZ Theresienstadt, während die Masse der hessischen Juden in den Vernichtungslagern umgebracht wurde. Nach Abschluß der Massendeportationen ging die Gestapo in den Jahren 1943 - 1945 in Einzelaktionen gegen jüdische "Mischlinge" vor oder gegen Juden, die zunächst nicht deportiert worden waren, weil sie mit nichtjüdischen Ehepartnern in "Mischehe" lebten. Aus den Jahren 1942/1943 sind Anweisungen überliefert, Kinder und Jugendliche, die als sogenannte "Mischlinge" galten, in die Landesheilanstalt Hadamar einzuliefern, wo auch nach der Einstellung der massenhaften "Euthanasie" im Jahr 1941 noch Geisteskranke durch Injektionen getötet wurden. Wieviele Kinder und Jugendliche damals in Hadamar noch umgebracht wurden, ist ebenso ungeklärt wie das genaue Schicksal vieler Deportierter.

Tafel 26: Juden vor der Abfahrt der Deportationszüge an der Viehrampe der Frankfurter Großmarkthalle bzw. am Bahnhof Hanau (StadtA Frankfurt bzw. Kreisbildstelle Hanau) - Schnellbrief der Gestapo Frankfurt vom 21.8.1942 betr. Richtlinien für die Durchführung der "Evakuierung" Frankfurter Juden nach Theresienstadt (Hess. HStA) - Erlaß des Oberbürgermeisters der Stadt Gießen vom 9.9.1942 betr. Vorbereitungen für die Deportation von Juden aus Gießen und Umgebung (StadtA Gießen) - Arbeitsausweis einer 76jährigen Frankfurter Jüdin aus dem KZ Theresienstadt (Sammlung Bodenheimer) - In die Landesheilanstalt Hadamar wurden 1942/1943 jüdische "Mischlingskinder" verbracht (Sammlung Becker) - Rundschreiben der jüdischen Kultusvereinigung, Israelitische Religionsgemeinde Mainz, vom 5.2.1942 (Hess. HStA) - Gießen ist "judenfrei" (StadtA Gießen)

Jüdisches Leben in Hessen nach 1945

27 Das Wiederentstehen jüdischer Gemeinden

Nach 1945 sind nur in wenigen hessischen Orten wieder jüdische Gemeinden entstanden. Zwar kamen in der Nachkriegszeit zunächst zahlreiche Juden aus Osteuropa nach Hessen, die hier als "DP's" (Displaced persons) in von den Amerikanern eingerichteten Lagern lebten. Sie wanderten jedoch nach kurzer Zeit wieder aus, überwiegend in den 1948 gegründeten Staat Israel.

Jene Juden, die teils aus beruflichen, teils aus klimatischen Gründen in Hessen blieben bzw. hierher zurückkehrten, wohnen fast sämtlich in den hessischen Großstädten, vor allem in Frankfurt a.M. Ihre Zahl ist ansteigend: 1950 lebten in Hessen 2 142 Juden, 1960 waren es 3 258 und im Jahr 1977 schon 6 796. Von ihnen wohnten 5 049 in Frankfurt a.M., 815 in Offenbach, 409 in Wiesbaden, 137 in Darmstadt, 136 in Bad Nauheim, 89 in Kassel und 84 in Marburg. Die Zahl der Juden in Hessen betrug damit freilich nur rund 10% der jüdischen Bevölkerung aus der Zeit vor 1933.

Synagogen gibt es heute in Frankfurt a.M. (2), Kassel, Bad Nauheim, Offenbach und Wiesbaden; Religionsschulen außerdem in Darmstadt und Marburg. Insgesamt wirken 4 Rabbiner und 7 Religionslehrer in Hessen.

Die in Hessen lebenden Juden sind häufig skeptisch gegenüber ihrer Umwelt und verfolgen das politische Geschehen sehr kritisch. Die Existenz neonazistischer Gruppen und die immer wiederkehrenden Zerstörungen jüdischer Friedhöfe lassen erkennen, daß auch in unserer gegenwärtig durchaus stabilen Demokratie Faschismus und Rassismus nicht tot sind.

Tafel 27: Erster Gottesdienst in der Synagoge zu Bad Nauheim nach dem 2. Weltkrieg, der nur von amerikanischen Soldaten besucht war (1945, Sammlung Arnsberg) - Denkmal des jüdischen Bildhauers Benno Elkan "Den Opfern" (StadtA Frankfurt) - Neonazistische Inschrift "Wir kommen wieder" an einer Hauswand in Frankershausen (1946, Sammlung Arnsberg) - Mutwillige Zerstörung von Grabsteinen auf dem jüdischen Friedhof in Hanau (1977, Kreisbildstelle Hanau) - Plakat "Hier fliegen keine Schmetterlinge", Ausstellung von Zeichnungen jüdischer Kinder aus Theresienstadt (1960, Sammlung Bodenheimer) - Neue Synagoge in Offenbach, Kaiserstraße 9 (1956 eingeweiht, StadtA Offenbach) - "Ihr habt Euch nicht geändert", Ausschnitte aus der "Frankfurter Rundschau" vom 31.3. und 3.4.1979 - Einweihung der neuen Synagoge in Kassel (Programm und Bericht in der "Hessischen Allgemeinen" vom 13.12.1965) - Empfang der Stadt Hanau für ehemalige jüdische Mitbürger am 25.8.1972 (Kreisbildstelle Hanau) - Dr. Isaak Emil Lichtigfeld (1894-1967), 1954-1967 Rabbiner in Frankfurt und Landesrabbiner von Hessen - Prof. Dr. Ernst Roth, seit 1968 Landesrabbiner von Hessen

Ausgewählte Literatur

Die Literatur zur Geschichte der Juden in Hessen ist verzeichnet bei: Demandt, Karl E., Schrifttum zur Geschichte und Geschichtlichen Landeskunde von Hessen, 3 Bde., Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau XVII, Wiesbaden 1965-1968,

Bibliographie zur Geschichte der Frankfurter Juden 1781-1945, hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, bearb. von Hans-Otto Schembs, Frankfurt a.M. 1978.

Folgende Werke seien hier besonders genannt:

Arnsberg, Paul, Die jüdischen Gemeinden in Hessen, Bd. 1 u. 2, Frankfurt 1971; Bd. 3, Bilder u. Dokumente, Darmstadt 1973.

Battenberg, Friedrich, Zur Rechtsstellung der Juden am Mittelrhein in Spätmittelalter und früher Neuzeit, in: Zeitschrift für Historische Forschung 2 (1979).

Bodenheimer, Rosy, Beitrag zur Geschichte der Juden in Oberhessen von ihrer frühesten Erwähnung bis zur Emanzipation, Diss. Gießen 1931.

Caro, Georg, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Juden, 2 Bde., Frankfurt 1920-1924 (Nachdruck Hildesheim 1964).

Cohn, Abraham, Beiträge zur Geschichte der Juden in Hessen-Kassel im 17. und 18. Jahrhundert, Diss. Marburg 1933.

Das Philantropin zu Frankfurt am Main. Dokumente und Erinnerungen, hrsg. von Albert Hirsch und Dietrich Andernacht, Frankfurt 1963.

Die Juden im Großherzogtum Hessen, bearb. vom Bureau für Statistik der Juden, Berlin 1909.

Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945, hrsg. von Dietrich Andernacht und Eleonore Sperling, Frankfurt 1963.

Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800-1945, 5 Bde., Koblenz 1974ff.

Eban, Abba, Dies ist mein Volk. Die Geschichte der Juden, München-Zürich 1974.

Elbogen, Ismar, Geschichte der Juden in Deutschland, Berlin 1935.

Faust, Georg, Sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Beiträge zur Judenfrage in Deutschland vor der Emanzipation, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der ehemaligen Grafschaft Solms-Rödelheim, Diss. Gießen 1937.

Gamm, Hans-Jochen, Pädagogische Studien zum Problem der Judenfeindschaft, Neuwied und Berlin 1966.

Graupe, Heinz Mosche, Die Entstehung des modernen Judentums. Geistesgeschichte der deutschen Juden 1650-1942, Hamburg 1969.

Hammer-Schenk, Harold, Untersuchungen zum Synagogenbau in Deutschland von der ersten Emanzipation bis zur geschichtlichen Gleichstellung der Juden (1800-1871), Tübingen 1974.

Haverkamp, Alfred, Der Schwarze Tod und die Judenverfolgung 1348/1349 im Sozial- und Herrschaftsgefüge deutscher Städte, in: Trierer Beiträge aus Forschung und Lehre an der Universität Trier, hrsg. von Hermann-Josef Müller und Walter Röll, Trier 1977, S. 78-86.

Hentsch, Gerhard, Gewerbeordnung und Emanzipation der Juden im Kurfürstentum Hessen, hrsg. von der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, Wiesbaden 1979.

Herrmann, Fritz H., Aus der Geschichte der Friedberger Judengemeinde, in: Wetterauer Geschichtsblätter 16 (1967), S. 51-78.

Herrmann, Fritz, H., Zur Geschichte der Juden in Münzenberg, in: Wetterauer Geschichtsblätter 23 (1974), S. 23-30.

Juden in Mainz, Katalog zur Ausstellung der Stadt Mainz im Jahr 1978, bearb. von Friedrich Schütz, Mainz 1978.

Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, 1930-1937.

Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780-1871, hrsg. von Monika Richarz, Stuttgart 1976.

Kirche und Synagoge. Handbuch zur Geschichte von Christen und Juden. Darstellung mit Quellen, hrsg. von Karl Heinrich Rengstorf und Siegfried von Kortzfleisch, 2 Bde., Stuttgart 1968-1970.

Kisch, Guido, Forschung zur Rechts- und Sozialgeschichte der Juden in Deutschland während des Mittelalters, Stuttgart 1955 (Nachdruck Sigmaringen 1978).

Knauß, Erwin, Die jüdische Bevölkerung Gießens 1933-1945, Eine Dokumentation, 2. Aufl., hrsg. von der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, Wiesbaden 1976.

Knauß, Erwin, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins NF 45 (1961).

Kober, Adolf, Die Juden in Nassau seit Ende des 18. Jahrhunderts, mit besonderer Berücksichtigung ihrer Unterrichts- und Kulturverhältnisse, in: Nassauischen Annalen 66 (1955).

Krüger, Renate, Die Kunst der Synagoge, Leipzig 1966.

Mack, Rüdiger, Judenexamina an der Universität Gießen vor 1800, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins NF 57, 1972.

Mack, Rüdiger, Jüdische Universitätsverwandte und Studenten in Marburg im 18. Jh., in: Hess. Jahrbuch für Landesgeschichte 24 (1974) S. 191-227.

Mack, Rüdiger, Otto Böckel und die antisemitische Bauernbewegung in Hessen (1887-1894), in: Wetterauer Geschichtsblätter 16 (1967).

Monumenta Judaica. 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein, Handbuch und Katalog, im Auftrag der Stadt Köln hrsg. von Konrad Schilling, Köln 1964.

Moritz, Klaus / Noam, Ernst, NS-Verbrechen vor Gericht 1945-1955, Dokumente aus hessischen Justizakten, hrsg. von der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, Mainzer Straße 80, Wiesbaden 1978.

Müller, Adolf, Zur Geschichte der Judenfrage in den rechtsrheinischen Besitzungen der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt im 16., 17. und 18. Jahrhundert, Leipzig/Frankfurt 1937.

Noam, Ernst / Kropat, Wolf-Arno, Juden vor Gericht 1933-1945, Dokumente aus hessischen Justizakten, hrsg. Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, Wiesbaden 1975.

Paucker, Arnold, Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik, Hamburg 1968.

Rosenthal, Ludwig, Zur Geschichte der Juden im Gebiet der ehemaligen Grafschaft Hanau, Hanau 1963.

Rürup, Reinhard, Emanzipation und Antisemitismus, Göttingen 1975.

Schnee, Heinrich, Die Hoffinanz und der moderne Staat, 5 Bde., Berlin 1953-1965.

Selbstzeugnisse des deutschen Judentums 1870-1945, hrsg. von Achim von Borries, Frankfurt 1962.

Sterling, Eleonore, Judenhaß. Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland (1815-1850), Frankfurt 1969.

Synagoga. Jüdische Altertümer, Handschriften und Kultgeräte, Katalog der Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Frankfurt, Frankfurt 1961.

ABKÜRZUNGEN

DDP	Deutsche Demokratische Partei
HStA	Hauptstaatsarchiv
NS-	Nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
RGBl.	Reichsgesetzblatt
StA	Staatsarchiv
StadtA	Stadtarchiv

Dank

Die Bearbeiter danken den zahlreichen Institutionen und Privatpersonen, die sie bei der Vorbereitung der Ausstellung mit Rat und Tat unterstützt haben. Insbesondere haben Herr Archivdirektor Dr. Dietrich Andernacht (Stadtarchiv Frankfurt), Frau Dr. Uta Krüger-Löwenstein (Staatsarchiv Marburg) und Herr Frank-Roland Klaube (Stadtarchiv Kassel) keine Mühe gescheut, Dokumente zu ermitteln und für die Ausstellung zur Verfügung zu stellen. Unserer besonderer Dank gilt auch Herrn S. Bodenheimer und Frau Rosa Arnsberg, der Witwe des leider jüngst verstorbenen Historikers der jüdischen Gemeinden in Hessen, Dr. Paul Arnsberg; sein Werk "Die jüdischen Gemeinden in Hessen" gehört zu den wichtigsten Grundlagen, auf denen diese Ausstellung aufbaut.

Die Bearbeiter der Ausstellung danken vor allem auch den vielen ungenannten Mitarbeitern der Hessischen Staatsarchive in Wiesbaden und Darmstadt, die bei der Vorbereitung der Ausstellung mitgeholfen haben.

Folgende Institutionen und Privatpersonen haben Dokumente und Fotos zur Verfügung gestellt:

Hessisches Staatsarchiv Marburg
Stadtarchiv Darmstadt
Stadtarchiv Frankfurt
Stadtarchiv Gießen
Stadtarchiv Hanau
Stadtarchiv Limburg
Stadtarchiv Offenbach

Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen, Frankfurt
Jüdische Gemeinde in Gießen
Jüdische Gemeinde in Wiesbaden

Bildarchiv Foto-Marburg
Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden
Historisches Museum Frankfurt
Kreisbildstelle Hanau

Rosa Arnsberg, Frankfurt
Pfarrer Johannes Becker, Limburg
S. Bodenheimer, Frankfurt
Meta Gorski, Wiesbaden

Inhalt

Seite

VORWORT 3

JÜDISCHES LEBEN IN HESSEN VOR 1800 5

1 Mittelalterliche Judengemeinden 5
2/3 Judenschutz und Abgaben 6
4 Handel und Gewerbe 9
5/6 Rechtsstellung und Privilegien 10
7/8 Kultus und Gemeindeleben 15
9 Juden an fürstlichen Höfen 20
10 Diskriminierung, Verfolgung und Vertreibung 22

DIE EMANZIPATION DER HESSISCHEN JUDEN 1800-1933 24

11/12 Politische Emanzipation 25
13 Berufsumschichtung 29
14 Bildungswesen 31
15/16 Synagogen und religiöses Leben 33
17 Prominente jüdische Persönlichkeiten 39
18 Antisemitismus um 1900 41
19 1. Weltkrieg und Weimarer Republik 44

VERFOLGUNG UNTER DER NS-DIKTATUR 1933-1945 47

2o Der Boykott vom 1. April 1933 48
21 Erste Berufsbeschränkungen 50
22 Vorbereitung auf die Emigration 52
23 Die Nürnberger Gesetze 1935 53
24 Der Novemberpogrom 1938 56
25 Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft 58
26 Die Deportationen 1941-1943 60

JÜDISCHES LEBEN IN HESSEN NACH 1945 61

27 Das Wiederentstehen jüdischer Gemeinden 61

LITERATURVERZEICHNIS 63

ABKÜRZUNGEN 65

DANK 66